12. Mai 2021

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

Die Zeitung für KMU | Regionalbund | Standpunkt-Ausgabe Nr. 521 | 24. Jahrgang

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4133 Pratteln
Post CH AG

DIE MEINUNG

Die richtigen Entscheidungen treffen



Von Christoph Buser, Direktor Wirtschaftskammer Baselland.

Es gibt positive Anzeichen dafür, dass unsere Gesellschaft näher an den Normalzustand rücken kann. Die Zahl der Corona-Infizierten ist schweizweit leicht rückläufig. An den Massentests im Kanton Basel-Landschaft nehmen über 40000 Personen teil, Tendenz steigend. Und auch die Impfzahlen unseres Kantons sind gut, immer mehr Menschen können sich die Impfung holen, auch schweizweit nimmt diese Massnahme stark an Fahrt auf. Das alles ist für das Wohlergehen der Menschen und damit letztlich auch für die Wirtschaft essenziell.

Am 26. Mai sind neue Entscheide des Bundesrates zu erwarten. Dieser hat weitere Öffnungsschritte in Aussicht gestellt, «wenn die Fallzahlen, die Hospitalisierungen und die Belegung der Intensivstationen stabil sind». In erster Linie wäre hier das Ersetzen der Homeoffice-Pflicht durch eine Empfehlung angezeigt und die ernsthafte Prüfung einer Wiedereröffnung der Innenbereiche der Restaurants. Die Bedingungen schaffen, um Dinge wieder möglich zu machen – das war in den vergangenen Wochen und Monaten die Forderung der Wirtschaftskammer. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auf dem richtigen Weg sind und mit dem heutigen Stand der Dinge weitere Öffnungsschritte möglich sein müssen.

Trotz aller Fortschritte ist jedoch auch unter den jetzigen Vorzeichen nicht alles das möglich, was wir uns wünschen. So mussten wir den Tag der Wirtschaft auch dieses Jahr schweren Herzens absagen. Wir haben diesen hochkarätigen Anlass in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv geplant und gehofft, ihn am 25. November durchführen zu können. Die Unsicherheiten bei der Planung gerade auch bei Grossanlässen sind jedoch nach wie vor zu gross. Wir informieren Sie in dieser Zeitung ausführlich darüber.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Abstimmungen vom 13. Juni hinweisen. Auch hier stehen Entscheidungen an, welche die KMU-Wirtschaft und damit uns alle betreffen. Wir beleuchten in diesem Standpunkt unter anderem Aspekte der CO_2-Initiative, der beiden Agrarinitiativen und der Verlängerung der Tramlinie 14. Es stehen uns spannende Tage und Wochen bevor.

HEUTE IM STANDPUNKT

4 | CO_2-GESETZ Ist das Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird, zielführend oder zu teuer?

7 | TEC In den Themenräumen geht es einmal um die Welt.

13 | ARBEITGEBER Homeoffice-Boom ist nicht nachhaltig.

IKEA – Das grosse Möbelhaus hat in der Schweiz eine Chefin: Jessica Anderen.

Hej, Jessica!



Jessica Anderen arbeitet seit 32 Jahren für Ikea und ist seit Oktober 2019 CEO des Möbelgiganten in der Schweiz. Bild: Ikea

Seit Oktober 2019 ist die 51-jährige Schwedin Jessica Anderen CEO von Ikea Schweiz. Der weltweit tätige Möbelriese unterhält auch einen Standort im basellandschaftlichen Pratteln. Anderen, die schon mit 19 Jahren bei Ikea begann und nun schon seit 32 Jahren an vielen Standorten auf dem ganzen Planeten für Ikea arbeitet, steht für die schwedischen Werte, sieht aber als Board-Mitglied der Schwedisch-Schweizerischen Handelskammer auch viele Parallelen zu ihrem aktuellen Arbeitsort. «Es gibt viele Gemeinsamkeiten zwischen unseren beiden Ländern», sagt sie im grossen Standpunkt-Interview. «Ich denke da an Themen wie Klima, Demokratie, Multikulturalität, Fokus auf Nachhaltigkeit, Interesse an Design und vor allem die Leidenschaft für Innovation.»

Jessica Anderen wird wie alle bei Ikea von sämtlichen Mitarbeitenden selbstverständlich geduzt. «Viele kennen wohl nicht einmal meinen Nachnamen», sagt sie. Das passe zur schwedischen DNA mit flachen Hierarchien und konsequent und ehrlich gelebten basisdemokratischen Prozessen.

Wenige Monate nach der Übernahme der Leitung von Ikea Schweiz kam die Corona-Pandemie, die auch ihr Unternehmen stark gefordert habe. Mit Online-Beratungen und dem Angebot «Click and Collect» hat man auf die phasenweisen Schliessungen der Geschäfte gut reagieren können. Auf Jessica Anderen hatte die Pandemie privaten Einfluss: «Die Pandemie hat auch meinen Blick auf das Zuhause verändert. Wir haben überall auf der Welt gelebt und haben unser Zuhause immer mitgenommen. Heute hat dieser Ort einen viel grösseren Stellenwert für mich erhalten.»

Ikea macht sich viele Gedanken um die Nachhaltigkeit. Das Möbelhaus bietet nun auch Solaranlagen und Wärmepumpen an. «Die Kunden von Ikea erwarten Antworten und Lösungen, die im Einklang mit ihren Werten stehen.» *Patrick Herr*

Seite 11

ABSTIMMUNG – Am 13. Juni stimmt das Baselbiet über die Verlängerung der Linie 14 ab.

Ja zum 14er-Tram



Das Tram 14 soll künftig von der heutigen Endstation an der Schlossstrasse links zur Bahnhofunterführung und Richtung Augst abbiegen. Bild: Schaub

Die Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Augst mit einem neuen, leistungsfähigen Anschluss an den Bahnhof SBB Pratteln, der Erschliessung der Gewerbegebiete Grüssen und Netziboden und den neuen Busbahnhof in Augst ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt im Zusammenhang mit der beschlossenen Entwicklung des Areals Salina Raurica zu einem wichtigen Gewerbe- und Wohngebiet im Kanton Basel-Landschaft.

Am 13. Juni 2021 stimmt das Baselbiet über den Projektierungskredit, Ausgaben für den vorsorglichen Landerwerb und den provisorischen Busbahnhof in Augst ab – ein Paket von 17,1 Millionen Franken. Im Endausbau wird die für die ganzheitliche Verkehrsplanung bedeutsame Tramverlängerung rund 170 Millionen Franken kosten. «Dieses Geld wird sorgsam und mit hohem Nutzen investiert», sagt Baudirektor Isaac Reber. Diese Meinung vertritt auch ein breit abgestütztes überparteiliches Komitee aus sämtlichen Parteien und aus der Privatwirtschaft.

«Wir sollten an die Zukunft der Region denken», sagt Prattelns Gemeindepräsident Stephan Burgunder, der in erster Linie die Entflechtung des Verkehrs, die stark verbesserte Anbindung an den Bahnhof Pratteln SBB und an das neue Entwicklungsgebiet im Norden Prattelns hervorhebt.

Auch der Gemeinde Augst eröffnet die Tramverlängerung neue Perspektiven in der Umsetzung von neuen, attraktiven Wohnprojekten, wie Gemeindepräsident Andreas Blank unterstreicht.

Die Entwicklung von Salina Raurica mit der nun zur Debatte stehenden Tramverlängerung ist für den Kanton Basel-Landschaft ein Ankerprojekt für die Standortförderung. Es entstehen Tausende von neuen Arbeitsplätzen und Wohnmöglichkeiten im Herzen des Kantons. *Daniel Schaub*

Seiten 2 und 3

ARBEITSMARKTKONTROLLE – Auf einer Baustelle in Pratteln wurden in den vergangenen Wochen systematisch Arbeiter aus Osteuropa zu Billiglöhnen und unter Missachtung des Arbeitsrechts beschäftigt.

Mehrere Verstösse auf Prattler Rohner-Baustelle

Löhne von weniger als 8 Euro pro Stunde, Arbeitszeiten, die deutlich über das Zulässige hinausgehen, Verstösse gegen Sicherheits- und Quarantänebestimmungen – die Missstände, die die Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe (AMKB) auf der Prattler Rohner-Baustelle festgestellt hat, sind massiv. Betroffen sind bis zu 130 Arbeiter, die in Polen, Litauen und Lettland angeworben worden sind und Teil eines undurchsichtigen Geflechts von Firmen in Osteuropa sind, die die arbeitsrechtlichen Bestimmungen in der Schweiz systematisch unterwandern.

Auf dem ehemaligen Rohner-Areal werden derzeit intensive Rückbauarbeiten vollzogen. Metallbauteile werden demontiert und später in England wiederverwendet. Die Arbeiten stellen durchaus erhöhte Anforderungen an die Fähigkeiten der Arbeiter und deren Sicherheit. Die Osteuropäer unterschreiben bei der Abfahrt in ihren Heimatländern Verträge, in denen zum Schein alles korrekt ist, erhalten jedoch keine Kopien. Im aktuellen Fall sind die Arbeiter in einem Hotel in Grenznähe in Süddeutschland untergebracht, versorgen sich dort selbst und werden täglich mit Kleinbussen auf die Baustelle gefahren.

Faktisch verstösst das angewandte Modell gegen das Verbot ausländischer Arbeitsvermittler in der Schweiz – und natürlich gegen zahlreiche Bestimmungen, die Schweizer Unternehmer im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrages im Baugewerbe einzuhalten hätten, insbesondere den Mindestlohn, die Arbeitszeiten mit Pausen und die Spesenvergütung.

Die AMKB hat diese Woche in einem Schreiben an das KIGA die vorsorgliche Schliessung der Baustelle verlangt, bis die Missstände behoben und bereinigt sind. Eine Antwort des KIGA stand bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch aus. Hannes Jaisli, Vertreter der Wirtschaftskammer Baselland in der AMKB, bemängelt den Sanktionsmechanismus bei Verstössen im Baustellengewerbe. «Es gibt viele Schlupflöcher – und ohne harte Massnahmen lachen sich die Betreiber dieser Subunternehmer-Konstrukte doch ins Fäustchen.»

Im Jahresbericht der AMKB 2020 wird aufgezeigt, dass die Verstossquote in vielen Bereichen noch immer bei fast 20 Prozent liegt, im vergangenen Jahr ist sie leicht gestiegen. Die Arbeitsmarktkontrollen sind demnach wichtiger denn je und werden per 1. Juli 2021 mit den beiden an der Urne klar angenommenen Gesetzen und der aktuell im Parlament verhandelten Leistungsvereinbarung einen neuen rechtlichen Rahmen erhalten.

Daniel Schaub

Seiten 8 und 9

TRAMVERLÄNGERUNG 14 – Bei der kantonalen Abstimmung vom 13. Juni geht es um den Projektierungskredit über 17,1 Millionen Franken für die Verlängerung der Linie 14. Der Wirtschaftsrat der Wirtschaftskammer Baselland hat die Ja-Parole gefasst.

Mehr als nur eine verlängerte Tramlinie

Vor über zehn Jahren, im Januar 2009, schaffte der Baselbieter Landrat mit dem Spezialrichtplan «Salina Raurica» die Voraussetzung zur Umnutzung der rund 60 Hektar grossen Fläche zwischen Pratteln und Augst, der letzten zusammenhängenden, noch weitgehend unbebauten Fläche im Kanton Basel-Landschaft. Zu den Schlüsselprojekten der Arealentwicklung zählt neben der bereits im Bau befindlichen Verlegung der Kantonsstrasse und der Planung der kantonalen Veloroute auch die Verlängerung der Tramlinie 14 vom Bahnhof Pratteln ins Gebiet Salina Raurica.

Der Wirtschaftsrat der Wirtschaftskammer Baselland empfiehlt die Annahme der Vorlage. Für die Entwicklung des Areals Salina Raurica sei neben einer guten Anbindung für den Individualverkehr die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ebenfalls sehr wichtig. Die Tramverlängerung der Linie 14 sei ein weiterer Schritt im Rahmen der längst beschlossenen Gesamtentwicklung eines der zentralen Gewerbe- und Wohngebiete des Kantons Basel-Landschaft.

Damit für eine optimale Erschliessung neben dem motorisierten Individualverkehr auch eine gute ÖV-Anbindung erreicht werden kann, soll das Tram 14 von Pratteln durch das Grüssen-Areal bis Augst verlängert werden. Der Ausbau der Tramlinie 14 hat eine Länge von 3,2 Kilometern und führt auf einem Doppelspurtrassee von der Bahnhofstrasse in Pratteln bis nach Augst. Insgesamt sind sechs Haltestellen und zwei Wendeschlaufen (Grüssen und Augst) geplant. Die Gleise führen durch eine rund 70 Meter lange Unterführung beim Bahnhof Pratteln und über eine 280 Meter lange Brücke über die Autobahn A2. Die Gesamtkosten werden auf rund 170 Millionen Franken geschätzt. Die Inbetriebnahme der neuen Tramlinie ist für 2031 geplant.

Gemeinden unterstützen Projekt

Aber Achtung: Bei der Abstimmung vom kommenden 13. Juni geht es nicht um die Gesamtkosten von 170 Millionen Franken, sondern «nur» um einen Zehntel dieses Betrags. Der Projektierungskredit über 17,1 Millionen Franken wurde nämlich am 3. Dezember 2020 vom Landrat bewilligt. Im Kredit enthalten sind 8,5 Millionen Franken für die Erarbeitung des Bau- und Auflageprojekts, 7 Millionen Franken für den vorgezogenen Landerwerb und 1,6 Millionen Franken für einen provisorischen Bushof. Die Vorlage wurde im Kantonsparlament mit 63 zu 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen. Die von der Tramverlängerung direkt betroffenen Gemeinden Pratteln und Augst unterstützen das Projekt ebenfalls (Lesen Sie hierzu das Interview mit den beiden Gemeindepräsidenten auf Seite 3).

Das überparteiliche Ja-Komitee sieht das gut genutzte Tram 14 als echte Chance, den urbanen Charakter des neuen Gebiets zu unterstreichen. Die Tramlinie wird einen Teil des zukünftigen Mehrverkehrs in Salina Raurica auffangen und zur Entflechtung des Verkehrs beitragen. Ein Verkehrsdebakel wie es Allschwil im neuen Bachgrabengebiet erlebt, soll mit dieser weitsichtigen Planung verhindert werden.

Denn Salina Raurica wird ein Arbeitsort sein, aber auch modernen Wohnraum bieten. Kurze Verkehrswege, die die Tramverlängerung mit sich bringen wird, sind ein Gewinn: Der ÖV wird in Pratteln, aber auch überregional dank der Haltestelle im Einkaufsquartier Grüssen an Attraktivität gewinnen. Zudem erschliesst das verlängerte Tram auch den Bahnhof SBB und die Pratteler Quartiere untereinander. *Loris Vernarelli*

www.tram14-ja.ch



Mit diesem Plakat will das überparteiliche Ja-Komitee die Baselbieter Stimmbevölkerung auf seine Seite bringen. Bild: zVg

DREI STICHWORTE – Der Baselbieter Regierungsrat und Baudirektor Isaac Reber nimmt zu drei wichtigen Schlagwörtern rund um die Tramverlängerung der Linie 14 von Pratteln nach Augst Stellung.

«Das Geld wird sorgsam und mit hohem Nutzen investiert»

Kosten

Zunächst ist festzuhalten, dass am 13. Juni erst über die Planung, den Landerwerb und den provisorischen Busbahnhof Augst abgestimmt wird.

Bei den geschätzten Gesamtkosten von rund 170 Mio. Franken für die 3.2 km ist zu beachten, dass wir uns nicht auf der «grünen Wiese», sondern mitten im Siedlungsgebiet befinden. Die Haltestelle «Bahnhof» und die Autobahnquerung beispielsweise sind anspruchsvoll. Die Ausgaben werden sorgsam und mit hohem Nutzen investiert. Aus dem Agglomerationsprogramm des Bundes wird zudem eine Beteiligung von ca. 35 Prozent erwartet.

Erschliessung

Eine Tramlinie hat höhere Kapazitäten und verknüpft Tram und Bahnhof direkt. Dank zwei S-Bahn-Linien und dem 15-Minuten-Takt der S3 gibt es ab 2025 noch bessere Umsteigemöglichkeiten, was es zu nutzen gilt. Auch das Einkaufszentrum Grüssen sowie Salina Raurica, die Längi und die Gemeinde Augst werden besser und schneller an Pratteln und den Bahnhof angebunden. Die geplante Linienführung wurde hauptsächlich in bestehende Strassen gelegt. Wenn der Landratsbeschluss rechtskräftig ist, werden wir mit den wenigen betroffenen Grundeigentümern einvernehmliche Lösungen suchen und Angebote unterbreiten.

Raumentwicklung

Das Tram ist ein prägendes Element der Raumgestaltung. Die Entwicklung in Salina Raurica läuft bereits, die Strasse ist im Bau und das Land in der Bauzone. Eine Tramverlängerung ist zwingend nötig, um von Anfang an eine gute ÖV-Anbindung sicherzustellen. Ohne Tram würde eine Entwicklung stattfinden, die viel stärker auf den motorisierten Verkehr abstellt, was mehr statt weniger Verkehr zur Folge hätte. Das Tramtrassee verläuft hauptsächlich in schon bestehenden Strassenachsen und es werden Grünflächen geschaffen (z.B. der Längi-Park). Geplant sind zudem auch attraktive Fuss- und Velowege.



Isaac Reber will als Baselbieter Baudirektor die Tramlinie 14 durch das Areal Salina Raurica verlängern lassen. Bild: zVg

STIMMEN AUS DER BASELBIETER POLITIK



Stephan Ackermann, Landrat Grüne

«Keine Erschliessung ohne Tram. Verpassen wir nicht die Chance, den öffentlichen Verkehr auszubauen. Es ist höchste Zeit. Für ein Ja zur Tramverlängerung 14!»



Maya Graf, Ständerätin BL

«Tram und S-Bahn werden am Bahnhof Pratteln verknüpft und Muttenz Pratteln und Augst rücken zusammen. Salina Raurica ist bereits eingezont und teils überbaut. Eine Erschliessung ohne Tram wäre ein grosser Fehler.»



Andi Trüssel, Landrat SVP

«Die Projektgrundlage zur Tramverlängerung 14 überzeugt. Deshalb sage ich Ja zu dieser Abstimmung, bei der es primär nur um die Planungskosten geht und nicht schon um die Gesamtkosten.»



Thomas Noack, Landrat SP

«Ich engagiere mich für ein Ja für das Tram 14, weil ich der Überzeugung bin, dass das Tramprojekt ein wesentlicher Baustein für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des Areals ist.»



Béatrix von Sury d'Aspremont, Landrätin CVP

«Barrierefreiheit und gute Umsteigemöglichkeiten sind sehr wichtig für die Mobilität. Nicht alle sind gut zu Fuss oder wollen ins Auto steigen. Das Tram ist ein sicheres und umweltfreundliches Verkehrsmittel. Deshalb sage ich Ja zum sympathischen Tram 14!»

KANTONALE ABSTIMMUNG – Im Vorfeld der Abstimmung zum Projektkredit Tramverlängerung 14 diskutieren die beiden direkt involvierten Gemeindepräsidenten Stephan Burgunder (Pratteln) und Andreas Blank (Augst).

«An die Zukunft der Region denken»

Standpunkt: *Warum braucht es die Verlängerung der Tramlinie 14 überhaupt?*
Stephan Burgunder: Mit der Tramverlängerung wird die Stadt Basel mit den Agglomerationsgemeinden Pratteln und Augst verbunden. Damit wird auch die Anbindung an den Rhein ermöglicht. Der vernetzte und möglichst umsteigefreie öffentliche Personenverkehr ist Teil einer Verkehrsstrategie, die in die Zukunft blickt. Schon heute stehen wir im Strassenverkehr im Stau und der ÖV ist zu Stosszeiten komplett überfüllt.
Andreas Blank: Mit dem Start zum Spezialrichtplan Salina Raurica vor nahezu 20 Jahren eröffneten sich für die Gemeinde Augst gänzlich neue Perspektiven im Hinblick auf ihre Siedlungsentwicklung und Wachstumspotenziale. Das Augenmerk verlegte sich neu auf das «Wohnen am Rhein» mit dem gemeindeübergreifenden Entwicklungsgebiet «Salina Raurica».

Welche Bedeutung hat die zusätzliche Tramstrecke im Gesamtkontext der Verkehrssituation der Region Pratteln-Augst?
Burgunder: Die Verlängerung des 14er-Trams steht in direktem Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung der gesamten Region. Von einer sinnvollen Mobilitätsentwicklung profitieren alle. Verbindungen und Anschlüsse müssen aufeinander abgestimmt sein. Wichtig dabei sind Knotenpunkte, sogenannte zentrale Umsteigezonen, in den man bequem das Transportmittel wechseln kann. Die neue Haltestelle am Bahnhof Pratteln wird genau dies ermöglichen.

Welche Chancen eröffnet dies Ihren Gemeinden im Sinne der Standortattraktivität?
Burgunder: Neue Quartiere sind nur dann attraktiv, wenn sie rasch und komfortabel erreicht werden können. Die Entwicklungsareale HIAG, Bredella oder Zentrale werden mit der Verlängerung des 14er-Trams besser miteinander verbunden. Mit dem Wachstum über die Geleise Richtung Norden erhält Pratteln zusätzlich die Chance, ein neues erkennbares Zentrum um den Bahnhof zu realisieren. Mit unseren Entwicklungen möchten wir flexible, lebendige und wandlungsfähige Gebiete schaffen. Damit wird Pratteln nicht nur attraktiver, sondern auch zukunftsfähiger.

Blank: Mit der inzwischen gestarteten Verlegung der Rheinstrasse entsteht für Augst ein lukratives Wohngebiet in Rheinnähe und damit die Aussicht, seine Einwohnerzahl in Etappen nahezu zu verdoppeln. Dieser erwünschte Wachstumsschub an attraktiver Wohnlage in einer wirtschaftlich starken Region und in urbaner Nähe eröffnet der Gemeinde neue Möglichkeiten, die zukünftigen Herausforderungen für familienfreundliche Angebote oder auch für Leistungen an das dritte Alter zusammen mit ihren Partnergemeinden besser zu lösen. Ein schönes Naherholungsgebiet und eine gute ÖV-Anbindung in unmittelbarer Nähe runden diese idealen Voraussetzungen ab.

Die Gegner argumentieren, dass Augst und Pratteln mit Bahnlinien (Stationen SBB Pratteln, Salina Raurica) und Bussen schon genügend an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen seien. Warum ist die Tramverlängerung für die beiden Gemeinden trotzdem wichtig und richtig?
Burgunder: Eine reine Erschliessung mit Bussen wird die prognostizierte Nachfrage nicht abdecken können. Mit voranschreitender Urbanisierung wächst das Verkehrsaufkommen. In unserer Region rechnet man in den kommenden zehn Jahren mit einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von 0,8 Prozent pro Jahr. Im inneren Korridor, dazu gehören Muttenz und Pratteln, soll es sogar das Doppelte sein. Hier verdichtet sich das Verkehrsaufkommen auf engstem Raum, was häufig zum Stillstand führt. Der Betrieb eines Trams ist in Bezug auf die Kapazität günstiger als der eines Busses denn ein Tram ersetzt zwei bis drei Busse.
Blank: Der zu erwartende Zuwachs an Einwohnern und Arbeitsplätzen stellt neue Anforderungen an die Erschliessungsqualität. Das Tram ist mit eigenem Trassee, verlässlichen Fahrzeiten und höherem Fahrkomfort ein attraktiveres und lukrativeres Verkehrsmittel. Es entspricht ausserdem der Zielvorgabe beim «Modal Split».

Salina Raurica und die jetzt zur Debatte stehenden Projektkredite sind für Ihre beiden Kommunen sehr zentrale Projekte – welche Argumente liefern Sie den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im restlichen Kanton Basel-Landschaft für ein Ja?



Die Gemeindepräsidenten Stephan Burgunder (Pratteln, links) und Andreas Blank (Augst) sehen in der Tramverlängerung eine wichtige Voraussetzung für die Standortentwicklung ihrer Gemeinden. Bilder: zVg

Burgunder: Eine Erschliessung mit dem Tram ist verkehrstechnisch sinnvoller und wirtschaftlicher. Die regionale Entwicklung, und dazu gehört die gesamte Region, also zum Beispiel auch Muttenz mit dem Polyfeld oder die Entwicklung Hagnau, erfordert eine sinnvolle Mobilität. Nur so können wir den künftigen Verkehrsproblemen entgegentreten. Wir planen langfristig und bauen nicht hinterher.
Blank: Salina Raurica ist ein Vorzeigeprojekt für den Kanton Basel-Landschaft, am «Tor zur Schweiz» bietet es ein Leuchtturmareal mit attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen für alle. Das Gebiet ist ein wichtiges Entwicklungsgebiet für den ganzen Kanton und erschliesst in idealer Weise die Einkaufs- und Naherholungsgebiete sowie die Römerstadt Augusta Raurica.

Pratteln hat sich in den vergangenen Jahren enorm entwickelt und wird es in der Zukunft mit diversen Quartierplänen (Bredella, HIAG-Areal, Zentrale) weiter tun. Welchen Stellenwert nimmt dabei das Areal Salina Raurica ein?
Burgunder: Salina Raurica ist das wichtigste kantonale Entwicklungsgebiet und das Leuchtturmprojekt für unsere Region. In der ersten Etappe, welche auf die nächsten 15 bis 20 Jahre ausgerichtet ist, sind rund 550 Wohnungen geplant. Das Gebiet soll bedarfsgerecht entwickelt werden, um Überkapazitäten zu vermeiden. Mit einem Gesamtausbau von Salina Raurica wird bis ca. 2060 gerechnet. Bis dann sollen insgesamt 2500 Arbeitsplätze und 2500 Wohnungen entstehen.

Welche Bedeutung hat eine neue Tram-Endstation mit direktem Weg in die Stadt sowie angeschlossenem Busbahnhof für die Entwicklung der Gemeinde Augst?
Blank: Wir erhalten einen zentralen Umsteigeknoten mit hervorragenden ÖV-Verbindungen in alle Richtungen und guten Anbindungen an das übergeordnete Bahnnetz der SBB. Die Nähe und der direkte, unkomplizierte Zugang zu attraktiven Einkaufs- und Erholungsgebieten sowie zu Freizeitaktivitäten, ist entscheidend. Das Tram könnte zum Treffpunkt für gemeinsame Tätigkeiten, Ausflüge und Besuche von Sportanlässen werden.

Und welche Vorteile bringt die verlängerte Tramlinie 14 Pratteln primär?
Burgunder: Mit der Tramverlängerung werden die zahlreichen Areale, die in Pratteln zurzeit entwickelt werden, miteinander erschlossen. Mit der nachhaltigen Erschliessung durch das Tram, die für die gesamte Region wichtig ist, vermeiden wir den prognostizierten zusätzlichen Verkehr. Das Tram ist zudem umweltfreundlicher, pünktlicher und ökonomischer als der Bus.

Der Widerstand gegen die Tramlinie richtet sich im Kern gegen die gesamte Erschliessung von Salina Raurica. Wie beurteilen Sie diese Initiative ganz allgemein?
Burgunder: Die Planung für Salina Raurica läuft seit dem Jahr 2000. Seither sind 19 Jahre vergangen. 2009 hat der Landrat den kantonalen Spezialrichtplan Salina Raurica verabschiedet. Wir müssen für die gesamte Region und ihre Zukunft denken.

Dass der Status als Endstation der Linie 14 von Pratteln an Augst übergeht, ist nachbarschaftlich gedacht unbedenklich?
Blank: Die Endschlaufe liegt ja nach wie vor grösstenteils auf Prattler Boden und ist somit auch ein wenig Sinnbild für die gute und enge Zusammenarbeit über all die Jahre.
Burgunder: Wenn wir dafür die Tramverlängerung bekommen, ist mir das ganz recht …

Interview: Daniel Schaub

STIMMEN AUS DER BASELBIETER POLITIK



Andreas Blank, Gemeindepräsident Augst

«Augst wird mit Bus und Tram besser an die Region angebunden. Das Tramprojekt macht Sinn und bringt Vorteile für alle. Sagen wir Ja zur Tramverlängerung 14.»



Stephan Burgunder, Gemeindepräsident Pratteln, Landrat FDP

«Mit der Quartierentwicklung stellen wir sicher, dass wir nachhaltig in die Zukunft gehen. Mit der Tram-Erschliessung, dass auch die Mobilität sichergestellt ist. Deshalb Ja zum Tram 14.»



Miriam Locher, Landrätin SP

«Das Tram ist ein wichtiger Faktor für eine ökologische und nachhaltige Mobilität. Deshalb steht für mich die Unterstützung der Verlängerung der Linie 14 ausser Frage.»



Jan Kirchmayr, Landrat SP

«In Salina Raurica soll ein grünes und ökologisches Quartier entstehen. Während dem die Strassenerschliessung unterwegs ist, muss jetzt endlich auch die ÖV-Erschliessung auf den Weg gebracht werden. Deshalb entschieden Ja zur Tramverlängerung 14.»



Johannes Sutter, Gemeindepräsident Arboldswil

«Auch das Oberbaselbiet profitiert von der Tramverlängerung 14. Vielfältige Mobilität ist wichtig und es muss überall im Kanton auf den richtigen Mix geachtet werden. Davon haben alle etwas, auch in Zukunft. Deshalb Ja zum Tram 14.»

CO_2-GESETZ – Das neue CO_2-Gesetz birgt Zündstoff. Vor der Abstimmung am 13. Juni 2021 bringen sich sowohl Befürworter wie auch Gegner in Stellung.

Zielführend oder unrealistisch teuer?

Am 13. Juni 2021 stimmt die Schweiz über das neue CO_2-Gesetz und damit über die Klimapolitik des laufenden Jahrzehnts ab. Mit dem neuen Gesetz soll der Rahmen zur Erreichung der Ziele des Übereinkommens von Paris gesteckt werden.

Gemäss dem Übereinkommen soll die durchschnittliche globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius begrenzt werden, wobei ein maximaler Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius angestrebt wird. Dazu sollen gemäss neuem CO_2-Gesetz die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbiert werden. Mindestens 75 Prozent der Massnahmen sollen im Inland erfolgen.

Diese Ziele sollen mit einer Mischung aus neuen Umweltabgaben, verschärften Vorschriften für Fahrzeuge und Gebäude sowie dem Ausbau des Klimafonds erreicht werden. Aktuell beträgt die CO_2-Abgabe auf Heizöl und Erdgas 96 Franken pro Tonne; maximal wären gemäss aktuell geltendem Gesetz 120 Franken pro Tonne möglich. Mit dem neuen Gesetz soll diese Obergrenze auf 210 Franken pro Tonne erhöht werden. Zudem soll der maximale Treibstoffzuschlag von 5 auf 12 Rappen pro Liter steigen. Vorgesehen ist weiter eine neue Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug.



Mit dem neuen CO_2-Gesetz soll die CO_2-Abgabe auf Heizöl gegenüber heute auf 55 Rappen pro Liter rund verdoppelt werden. Bild: Shutterstock

Wirtschaft uneins

Die Wirtschaftsverbände positionieren sich hinsichtlich der bevorstehenden Abstimmung unterschiedlich. Eine Stimmfreigabe hat die Wirtschaftskammer Baselland beschlossen und ist damit dem Schweizerischen Gewerbeverband (sgv), der Dachorganisation der Schweizer KMU-Wirtschaft, gefolgt.

Der sgv begründet die Stimmfreigabe damit, dass das Gesetz einerseits transparente und verlässliche Rahmenbedingungen schaffe und den KMU und dem Forschungsplatz Schweiz neue wirtschaftliche Chancen bieten würde. Andererseits setze das Gesetz aber auf neue und höhere Abgaben, auf Technologieverbote und auf Subventionen. Dies sei wiederum schädlich für die Wirtschaft.

Mobilität- und Erdöl klar dagegen

Klar gegen das Gesetz sprechen sich etwa die Mobilitätsverbände Auto-Schweiz, der Automobil Club der Schweiz (ACS) oder der Schweizerische Nutzfahrzeugverband Astag aus. Auch die Erdölbranche engagiert sich gegen das neue Gesetz. So bringe das Gesetz gemäss dem Branchenverband Avenergy Suisse für die Schweizer Bevölkerung und die Wirtschaft deutliche Mehrbelastungen mit sich.

Das Gesetz fokussiere sich einseitig auf international nicht spürbare Massnahmen im Inland statt auf konkrete von der Wirtschaft vorangetriebene innovative Lösungen wie beispielsweise die Entwicklung von CO_2-neutralen Treib- und Brennstoffen. Auch der Hauseigentümerverband Schweiz (HEV) lehnt das Gesetz ab.

economiesuisse für Gesetz

Die Ja-Parole zum revidierten CO_2-Gesetz hat der Wirtschaftsdachverband economiesuisse ausgegeben. Mit Innovationen und effizienten Technologien könne die Schweizer Wirtschaft massgeblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zur Lösung des Klimaproblems beitragen. Daher trage der Wirtschaftsverband die Gesetzesrevision mit, obwohl die Ausgestaltung des Gesetzes in einigen wesentlichen Punkten nicht den Vorstellungen von economiesuisse entspricht.

Langes Ringen im Parlament

Das neue CO_2-Gesetz beschäftigte auch die Politik stark. Nach langem Ringen hat sich das nationale Parlament im September 2020 auf ein neues Gesetz geeinigt. In der Schlussabstimmung fand das revidierte Gesetz in beiden Kammern eine deutliche Mehrheit. Es wurde im Nationalrat mit 129:59 Stimmen bei 8 Enthaltungen und im Ständerat mit 33:5 Stimmen bei 6 Enthaltungen gutgeheissen. In einem ersten Versuch hat das Parlament ein wesentlich weniger engagiertes CO_2-Gesetz Ende 2018 noch relativ deutlich abgelehnt. *Simon Dalhäuser*

ONLINE-EVENT ZUM NEUEN CO_2-GESETZ

Das neue CO_2-Gesetz birgt Zündstoff: Informieren Sie sich am Energie-Event der Liga Baselbieter Stromkunden vom kommenden 18. Mai ab 19 Uhr über die Vor- und Nachteile des neuen CO_2-Gesetzes. Vor der wichtigen Abstimmung treffen am Energie-Event der Liga Baselbieter Stromkunden Befürwortende sowie Gegnerinnen und Gegner der Gesetzesrevision aufeinander.

Als Gäste begrüsst die Liga Baselbieter Stromkunden:
- Monika Rühl (Direktorin economiesuisse)
- Markus Meier (Direktor HEV Schweiz)
- Stefan Müller-Altermatt (Nationalrat Die Mitte)
- Hans Wach (Geschäftsleiter Gasverbund Mittelland AG)

So sind Sie dabei: Die Veranstaltung findet am 18. Mai von 19 bis 20.15 Uhr statt. Die Online-Veranstaltung ist kostenlos und öffentlich.
Mit dem folgenden Link können Sie die digitale Veranstaltung bequem und unkompliziert live mitverfolgen und mitdiskutieren:
vimeo.com/539058137

PRO – Das Netto-Null-Ziel 2050 erreichen wir nur mit dem CO_2-Gesetz.

Ja zur Erreichung des Netto-Null-Ziels



Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse

Die Ambitionen der Schweizer Wirtschaft in der Klimapolitik sind hoch – nicht erst seit den «Fridays for Future». Mit Innovationen und effizienten Technologien hat sie ihren Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen in den vergangenen Jahren zunehmend intensiviert und will ihn künftig noch ausbauen.

economiesuisse hat dazu Ende letzten Jahres ein klares Bekenntnis verabschiedet: Die Wirtschaft senkt ihre CO_2-Emissionen bis 2050 auf Netto-Null. Das neue CO_2-Gesetz ist dabei ein wichtiges Element zur Umsetzung dieses Ziels und zur vollständigen Dekarbonisierung der Gesellschaft.

Kostenwahrheit erhöhen

Für unser hochgestecktes Ziel sind letztlich wirtschaftsverträgliche Rahmenbedingungen entscheidend: In diesem Sinn haben economiesuisse und die angeschlossenen Branchenverbände im Februar ihr Versprechen in einem «Klimaprogramm» konkretisiert. Dieses umfasst Aktionsfelder, welche als Handlungsanweisungen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels definiert wurden.

Darin geht es beispielsweise darum, dass Unternehmen ihre Prozesse weiter optimieren und die eigene Effizienz steigern. Weiter soll eine Lenkungsabgabe externe Klimakosten des motorisierten Verkehrs internalisieren und damit die Kostenwahrheit erhöhen.

economiesuisse fordert deshalb eine Gleichbehandlung von Brennstoffen und Treibstoffen. Zudem führt die Digitalisierung zu Effizienzsteigerungen und neuen Geschäftsmodellen. Daher sollen digitale Lösungen stärker als Treiber genutzt werden.

Basierend auf der strategischen Ausrichtung unseres Klimaprogramms hat economiesuisse die Ja-Parole zum CO_2-Gesetz beschlossen. Wir tragen diesen politischen Kompromiss als Schritt in Richtung Netto-Null mit, obwohl die Ausgestaltung des Gesetzes nicht vollumfänglich unseren Wunschvorstellungen entspricht.

Positiv hervorzuheben ist der uneingeschränkte Zugang für Unternehmen zum System der Zielvereinbarungen. Damit steht es allen Unternehmen frei, die CO_2-Abgabe mittels Massnahmen zur Emissionsreduktion zurückerstattet zu erhalten.

Wichtig für die grösseren Emittenten ist der Zusammenschluss mit dem EU-Emissionshandelssystem, denn ohne diesen Zusammenschluss wäre das rein schweizerische Emissionshandelssystem wohl beendet worden.

Die Wirtschaft ist sich ihrer Verantwortung in der Klimapolitik bewusst. Ein Nein zum CO_2-Gesetz liefe ihrem eigenen Netto-Null-Ziel entgegen: Das bestehende Gesetz bliebe zwar in Kraft, hingegen würden befristete Elemente wie die Zielvereinbarungen mit Rückerstattung der CO_2-Abgabe auslaufen. Die Verwaltung müsste ein neues Gesetz ausarbeiten, womit wertvolle Zeit für die Erreichung der Klimaziele 2030 und 2050 verloren ginge. Wir sagen darum klar Ja zum CO_2-Gesetz.

CONTRA – Das CO_2-Gesetz ist zu einseitig, zu tiefgreifend und für viele Wohneigentümer zu teuer.

Nein zu diesem CO_2-Gesetz



Markus Meier, Landrat und Direktor HEV Schweiz

Vorweg: Das Klima ist auch den Hauseigentümern wichtig. Der Gebäudebereich konnte den Treibhausgasausstoss gegenüber 1990 bis 2019 um 34 Prozent senken. Das entspricht bereits dem Zielwert von 2030 für den Gesamtausstoss aller Sektoren. Noch eindrücklicher zeigt sich die Reduktion, wenn das gleichzeitige Bevölkerungswachstum von 27 Prozent und die Zunahme der Wohnflächen um 46 Prozent berücksichtigt werden. Dann entspricht die erzielte Reduktion im Gebäudesektor gegenüber 1990 satten 70 Prozent.

Das kommt nicht von ungefähr. Allein die Mitglieder des Hauseigentümerverbandes (HEV) investieren jährlich rund 9,5 Milliarden Franken in den Erhalt ihrer Liegenschaften. Hochgerechnet auf den ganzen Wohnimmobilienmarkt ergibt dies Investitionen von jährlich 20 Milliarden Franken. Der Grossteil der baulichen Massnahmen hat positive Auswirkungen auf die Energieeinsparungen und den Treibhausgasausstoss.

Bei einem Einfamilienhaus mit einem Jahresbedarf von 3000 Litern Heizöl kostet deren Beschaffung rund 2472 Franken (Stand März 2021). Mit dem vollen Aufschlag der CO_2-Abgabe von 210 Franken pro Tonne CO_2 müssen für diesen Jahresbedarf künftig 3387 Franken – 37 Prozent (!) mehr – hingeblättert werden.

Allerdings führt der im neuen Gesetz für Gebäude bereits ab 2023 vorgesehene Grenzwert von 20 kg CO_2 pro m^2 beheizte Fläche dazu, dass schon ab 2023 bei 75 Prozent der Bauten bei einem Brenner-/Heizungsersatz das Heizsystem (Energieträger) gewechselt und zusätzliche Sanierungsmassnahmen durchgeführt werden müssen. Bei den meisten Häusern ist beispielsweise ein Umstieg auf Wärmepumpen nicht ohne zusätzliche Dämmung der Gebäudehülle möglich. Die Gesamtkosten für einen Heizungsersatz können sich damit auf das Drei- bis Fünffache der Kosten des Heizungsaggregats belaufen – bei einem Einfamilienhaus sind das schnell einmal 50 000 bis über 100 000 Franken. Kritischer Punkt: das unmittelbar und voll aufzubringende Investitionsvolumen.

Massiv mehr Strom nötig

Die kontinuierliche Absenkung des Grenzwertes um je 5 kg alle fünf Jahre führt dazu, dass bei einem Heizungsersatz ab 2033 praktisch nur noch Wärmepumpen oder Holzheizungen infrage kommen. Das bedeutet auch, dass massiv mehr Strom zur Beheizung der Liegenschaften benötigt wird, insbesondere in den versorgungstechnisch kritischen Wintermonaten. Laut einer Empa-Studie dürfte sich infolge der Substitution von fossilen Treib- und Brennstoffen im Winterhalbjahr ein ungedeckter Bedarf von bis zu 18,4 TWh ergeben. Das entspricht fast der Gesamtleistung der vier sich in der Schweiz noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke.

Im Gesamtfazit des HEV Schweiz ergibt sich für die vorliegende Totalrevision des CO_2-Gesetzes somit: zu einseitig, zu tiefgreifend und für viele Wohneigentümer finanziell nicht verkraftbar. Deshalb stimme ich am 13. Juni Nein zu diesem CO_2-Gesetz und empfehle Ihnen, es mir gleichzutun.

AGRARINITIATIVEN – Die Landwirte Hansruedi Wirz und Claudia Brodbeck können den beiden Vorlagen, die am 13. Juni vors Volk kommen, nichts Gutes abgewinnen.

«Nicht zurück auf den Ballenberg»

Standpunkt: *Frau Brodbeck, Herr Wirz, die eine Agrarinitiative setzt sich für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung ein, die andere fordert eine Schweiz ohne synthetische Pestizide. Vordergründig sind es hehre Ansichten. Weshalb wehren Sie sich trotzdem dagegen?*

Hansruedi Wirz: Ich kann Ihnen versichern, dass die Landwirtinnen und Landwirte jetzt schon gesunde Nahrungsmittel produzieren und nur bewilligte Mittel einsetzen, und dass wir in der Schweiz das weltweit sauberste und am besten kontrollierte Trinkwasser haben. Viele Auseinandersetzungen entstehen, weil die Messungen immer präziser werden, was das Beispiel des Würfelzuckers im Bielersee beweist.

Claudia Brodbeck: Die Initianten stellen die Bauern so dar, als ob sich diese nicht um die Qualität des Trinkwassers kümmern würden. Dem ist nicht so! Auch wir wollen sauberes Trinkwasser. Wir arbeiten in engem Kontakt mit der Natur und sind und sehr bewusst, was wir tun. Bei der ganzen Diskussion geht aber oft vergessen, worin der Hauptauftrag der Landwirtschaft besteht: sie muss die Schweizer Bevölkerung ernähren. Sollten die Initiativen angenommen werden, importieren wir mehr Lebensmittel und dies mit einer schlechteren Umweltbilanz. Unser Ziel ist, nachhaltige Nahrungsmittel in der Schweiz zu produzieren. Und hierfür setzen sich die Bauern seit Langem ein.

Warum sind Pflanzenschutzmittel auch aus der modernen Landwirtschaft nicht wegzudenken? Gibt es denn keine sinnvollen Alternativen?

Wirz: Wir Obstbauern setzen biologische und synthetische Pflanzenschutzmittel ein, aber auch neue Produktionstechniken, damit wir gesunde, geschmackvolle und optisch einwandfreie Nahrungsmittel auf den Markt bringen können. Die Früchte- und Gemüseauswahl hat bei den Grossverteilern in den letzten Jahren stark zugenommen. Wenn unsere Schweizer Produkte plötzlich nicht mehr unserer gewohnten Qualität entsprechen, weil wir auf Pflanzenschutzmittel verzichten müssen, weicht der Konsument eben auf andere, meist ausländische Produkte aus.

Brodbeck: Sie haben nach möglichen Alternativen gefragt. Natürlich arbeitet der Bauer nicht nur mit Pflanzenschutzmitteln; diese kommen erst zum Einsatz, wenn eine Schadschwelle überschritten ist. Es gibt andere Methoden, um einen Schädlingsbefall zu verhindern: Das Einnetzen der Kulturen zum Beispiel oder sogenannte Verwirrungstechniken mit Pheromonen, den natürlichen Botenstoffen von Insekten. Doch diese Eingriffe reichen nicht immer aus, um die Kulturen zu schützen. Dann erst kommen Pflanzenschutzmittel zum Einsatz. Zum Glück schreitet auch in diesem Bereich die Technologie rasch voran.

Wie meinen Sie das?

Brodbeck: Smart Farming nimmt immer mehr Bedeutung ein. Der Landwirt kann beispielsweise dank GPS sehen, wo seine Kultur mehr oder weniger Dünger oder Pflanzenschutzmittel benötigt und danach handeln. Oder er kann mit Drohnen gezielt nach Schädlingen suchen, die dann in einem bestimmten Teil der Kultur bekämpft werden können. Somit ist kein flächendeckendes Spritzen mehr nötig.

Die Schweizer Landwirtschaft steht also nicht still, wie oft kritisiert wird?

Wirz: Nein, sie ist ständig im Wandel, leider wird das von der übrigen Bevölkerung zu wenig wahrgenommen. Und diese Entwicklung wollen die beiden Initiativen einfach stoppen. Wir sitzen hier gerade im neuen Haus der Wirtschaft in Pratteln, ein topmodernes Gebäude voller Innovationen, das mir wirklich Freude bereitet. Andererseits denke ich: Die Landwirtschaft darf sich offenbar nicht weiterentwickeln wie andere Wirtschaftszweige. Man will uns Bauern zurück auf den Ballenberg drängen! Will man die wachsende Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten ernähren, braucht es nebst neuen Technologien weiterhin Pflanzenschutzmittel, aber andere, noch effizientere und schonendere als heute. Gerade deshalb ist in diesem Bereich weiterhin Forschung und Entwicklung nötig.

Wären bei einer Annahme der Agrarinitiativen nur die Bauern die Verlierer?

Wirz: Das wäre viel zu kurz gegriffen. Die beiden Initiativen hätten Auswirkungen auf die ganze Nahrungsmittelkette, vom Bauer über den Handel und die Verarbeiter bis zum Detailhandel. Es stehen Tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Besonders für die Verarbeitungsbetriebe sind die Initiativen sehr gefährlich: Wenn das Angebot im Inland knapper wird, müssen sie Rohstoffe importieren oder es werden direkt Fertigprodukte eingeführt. Diese Entwicklung würde in der Schweiz Wertschöpfungspotenzial vernichten.

Nehmen wir an, die beiden Initiativen würden angenommen. Was würde sich für Ihre Landwirtschaftsbetriebe konkret ändern?

Brodbeck: Wir besitzen einen Betrieb mit Milchwirtschaft. Für unsere 40 Kühe haben wir genug eigenes Raufutter zur Verfügung, wir müssen kaum welches zukaufen. Bis hierhin würde uns die Trinkwasserinitiative also nicht gross tangieren. Anders sieht es beim Kraftfutter aus: Für eine effiziente Milchproduktion brauchen wir etwa zur Hälfte zugekauftes Eiweiss für die Futtermischung. Ohne diesen Zukauf würde der Milchertrag mit derselben Anzahl Kühe merklich sinken, der Ressourcenverbrauch an Wasser und Boden aber gleich hoch bleiben. Um den Minderertrag zu kompensieren, müssten wir uns weitere Einnahmequellen erschliessen. Wir erledigen für die Gemeinde Biel-Benken bereits die Grünabfuhren und das Kompostieren. Diese Dienstleistungen könnten wir noch ausbauen, bedauerlicherweise bietet dann der Ernährungssektor kaum mehr Perspektiven.

Wirz: Für Betriebe mit Spezialkulturen, wie unserer in Reigoldswil einer ist und von denen es im Baselbiet viele gibt, wird nebst der Grösse die Topografie eine grosse Rolle spielen. Mit der Annahme der Agrarinitiativen wird die Mechanisierung nämlich zunehmen und dafür braucht es grosse, ebene Flächen. Unser sechs Hektaren grosser Betrieb liegt hingegen an einem Hang. In einem derartigen Gelände stösst man zum Beispiel beim Erstellen des Witterungsschutzes, inklusive Einnetzung der Kulturen, oder beim Einsatz von schweren Maschinen für die mechanische Bodenpflege rasch an Grenzen. Auf die Brennerei hätten die Initiativen wenig Einfluss, aber die Zukunft der Tafelobstproduktion würde infrage gestellt.

Die Trinkwasserinitiative will allen Betrieben, die Pflanzenschutzmittel einsetzen oder Futter für ihre Tiere zukaufen, die Direktzahlungen streichen. Warum sind diese Bundesbeiträge für die Schweizer Landwirtschaft so wichtig?

Brodbeck: Um dies zu verstehen, muss zuerst geklärt werden, was Direktzahlungen überhaupt sind. Es handelt sich nicht um Subventionen, sondern um Beiträge, die nur jene Landwirtschaftsbetriebe erhalten, die einen ökologischen Leistungsnachweis erfüllen. So müssen sie mindestens 7 Prozent ihrer Betriebsfläche als Biodiversitätsflächen bewirtschaften (Stand Baselbiet heute 13 %; *die Red.*). Oder die Nährstoffbilanz im Boden muss ausgeglichen sein. Auch eine tiergerechte Haltung, eine geregelte Fruchtfolge und die gezielte Anwendung von Pestiziden gehören dazu. Biobetriebe generieren am meisten Direktzahlungen, weil sie mit ihrem System die Ökologie fördern und damit weniger Ertrag in Kauf nehmen. Dieser Minderertrag wird durch höhere Direktzahlungen und höhere Produktpreise ausgeglichen. Alles in allem dienen die Direktzahlungen der Umwelt.

Wirz: Für die Spezialkulturen sind sie nicht so wichtig. Betriebe mit Beeren, Obst und Gemüse würden vermehrt aus dem Direktzahlungssystem aussteigen, sollte die Trinkwasserinitiative an der Urne eine Mehrheit finden. Für unseren Betrieb wäre der Ausstieg wahrscheinlich.

Warum dieser drastische Schritt?

Wirz: Mit unserem Obst holen wir den Hauptteil des Einkommens am Markt. Um in diesem weiterhin zu bestehen, müssen die Früchte den Normen und Vorschriften entsprechen. Ohne den nötigen Schutz der Bäume und Früchte ist dies unmöglich.

Interview: Loris Vernarelli



Hansruedi Wirz und Claudia Brodbeck setzen sich gegen die beiden Agrarinitiativen ein. Bild: Loris Vernarelli

ZU DEN PERSONEN

Hansruedi Wirz betreibt mit seiner Familie einen Obstbau- und Brennereibetrieb in Reigoldswil. Daneben ist der ehemalige SVP-Landrat Präsident des Produktezentrums Kirschen/Zwetschgen des Schweizer Obstverbands. Hansruedi Wirz ist Vizepräsident des Zentralvorstands der Wirtschaftskammer Baselland.

Claudia Brodbeck ist Vizepräsidentin des Bauernverbands beider Basel und ehemalige CVP-Landrätin. Auf dem familieneigenen Hof in Biel-Benken stehen die Milchwirtschaft und der Ackerbau im Mittelpunkt. Auch eine Pferdepension gehört zum Angebot.

DIE AGRARINITIATIVEN IN KÜRZE

Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» (Trinkwasserinitiative) verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen unterstützt werden, die keine Pestizide (biologische und synthetische) einsetzen, ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auskommen und deren Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Lanciert wurde die Initiative vom Verein «Sauberes Trinkwasser für alle», unterstützt wird sie von diversen Umwelt-, Naturschutz- und Tierschutzorganisationen.

Ihrerseits will die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Pestizidinitiative) den Einsatz synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie in der Boden- und Landschaftspflege verbieten. Zudem soll die Einfuhr von Lebensmitteln zu gewerblichen Zwecken, die synthetische Pestizide enthalten oder die mithilfe solcher hergestellt wurden, untersagt werden. Absender der Initiative ist die parteiunabhängige Bürgerbewegung Future3 aus Neuenburg. Sie wird von kleineren Organisationen unterstützt.

Bundesrat und Parlament lehnen beide Initiativen ohne Gegenvorschlag ab. Der Wirtschaftsrat der Wirtschaftskammer Baselland, FDP, SVP und die Mitte haben die Nein-Parolen gefasst, ebenso der Schweizerische Gewerbeverband und economiesuisse. *lv*

KMU-NACHRICHTEN

EBM-Delegierte erteilen Entlastung

Infolge Einschränkungen durch Covid-19 fand die Delegiertenversammlung der EBM (Genossenschaft Elektra Birseck) am vergangenen 21. April erneut ohne Zusammenkunft der Stimmberechtigten statt. Die Delegierten wurden stattdessen schriftlich und mit Videobotschaften informiert. «Sie durften zur Kenntnis nehmen, dass Primeo Energie in allen vier Geschäftssegmenten – Elektrizitätsgeschäft, Netz, Wärme und Erneuerbare Energien – im Jahr 2020 ein solides Resultat erzielte», heisst es in der Medienmitteilung des Münchensteiner Unternehmens. Der Gesamtumsatz erhöhte sich auf 834 (Vorjahr 696) Millionen Franken, und der Gewinn nach Minderheiten liegt mit 27 Millionen Franken im Bereich des Vorjahrs (28 Millionen Franken). Die Delegierten genehmigten den Lagebericht, die Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung 2020 mit grossem Mehr und beschlossen antragsgemäss die Verwendung des Bilanzgewinns. Ebenso erteilten sie den verantwortlichen Organen für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2020 Entlastung. Bei den Erneuerungswahlen wurde der bisherige Verwaltungsrat **Andreas Büttiker** (Therwil) für eine weitere Amtsperiode bis 2025 in seinem Amt bestätigt. *ra*

LANDRATS-NEWS

An der Landratssitzung vom vergangenen 22. April wurden die folgenden ausgewählten Traktanden behandelt:

1. Vorlage: Temporäre Lärmschutzmassnahme auf der A22 [Traktandum Nr. 9]

Die Möglichkeit der Temporeduktion als temporäre Lärmschutzmassnahme auf der A22 bei Liestal gab Anlass zu Diskussionen. Insbesondere die Zeit bis zur Realisierung der Lärmschutzmassnahmen durch den Bund empfand der Urheber als deutlich zu lang. Andere Stimmen unterstützten die Einschätzung der Verwaltung, dass eine Temporeduktion nicht die beste Lösung zum Lärmschutz im betroffenen Bereich darstellt. Das Postulat wurde mit 51:32 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

2. Fragestunde der Landratssitzung [Nr. 10]

Die Themen der Fragestunde waren von Corona dominiert. Unter anderem wurden Fragen zu den Auswirkungen auf die Sozialhilfe, zur Unterstützung von Musik-, Tanz- und Theaterschulen, zur Impfstrategie des Kantons und zum breiten Testen in Baselland gestellt. Beim breiten Testen wurde insbesondere nach dem aktuellen Stand gefragt und warum es bei vielen angemeldeten Unternehmen noch keine Durchführung gibt. Regierungsrat Thomas Weber entschuldigte sich bei den zahlreichen angemeldeten Unternehmen, die noch nicht mit dem Testprogramm beginnen konnten. Die Verwaltung betonte, dass die Registrier- und Anmeldeprozesse sowie das Verfahren laufend optimiert werden.

3. Motion: Massnahmen zur Reduktion der lokalen Hitzeentwicklung in dicht besiedelten Ortschaften [Nr. 18]

Hitzig diskutiert wurde auch das Anliegen, das Raumplanungs- und Baugesetz (RBG) sowie die Raumplanungsverordnung (RBV) so anzupassen, dass die Gemeinden in ihren Zonenreglementen Kriterien zur Beurteilung der Umgebungspläne festlegen können. Diese sollen private Interessen wie Zufahrt und Parkierung sowie öffentliche Interessen wie z.B. einen Grünflächenanteil, einen Anteil unversiegelter Flächen oder besondere Vorschriften zur Bepflanzung berücksichtigen. Schlussendlich wurde die Motion mit 49:32 Stimmen überwiesen.

4. Postulat: Coronakrise: Bank-Gewinne für Berufsausbildung [Nr. 26]

Der Initiant hat das Postulat zurückgezogen. Der Vorstoss ist damit erledigt. Die Wirtschaftskammer setzt sich auch weiterhin für die Lehrbetriebe der Region und die Lehrstellen ein, die aufgrund der Coronakrise unter Druck geraten sind.

Die nächste Landratssitzung findet am 20. Mai 2021 statt.

ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI 2021

Wirtschaftsrat sagt Ja zum Covid-19-Gesetz

Am kommenden 13. Juni stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über das Covid-19-Gesetz ab. Auch der Wirtschaftsrat, das Parlament der Wirtschaftskammer Baselland, steht hinter dem Gesetz und hat die Ja-Parole beschlossen.

Das Covid-19-Gesetz erteilt dem Bundesrat zusätzliche Kompetenzen, um die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft zu mildern. Es wurde im September 2020 vom Parlament angenommen und für dringlich erklärt. Damit trat es sofort in Kraft. Das Gesetz ist befristet; praktisch alle Regelungen gelten bis Ende 2021.

Referendum der «Freunde der Verfassung»

Weil der Verein «Freunde der Verfassung» erfolgreich das Referendum ergriffen hat, wird über das Covid-19-Gesetz abgestimmt. Das Referendumskomitee kritisiert, das neue Gesetz sei sehr rasch erarbeitet und am Volk vorbei in Kraft gesetzt worden.

Anderer Meinung ist der Wirtschaftsrat, der sich für das Gesetz ausgesprochen hat. Er folgt den Argumenten des Bundesrates, wonach das Gesetz nötig sei, um die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu bewältigen. Es erlaubt, Hunderttausende Menschen und Unternehmen finanziell zu unterstützen, die in Not geraten sind. Damit könnten Arbeitsplätze und Löhne gesichert werden.

Basis für Kurzarbeit und Härtefallhilfe

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie hat der Bundesrat umfangreiche Massnahmen beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen für Menschen und Unternehmen abzufedern. Dabei bildet das Covid-19-Gesetz die rechtliche Basis für die Kurzarbeitsentschädigung, die Corona-Erwerbsersatzentschädigung, die Härtefallhilfen für Restaurants, Hotels, die Eventbranche oder Reisebüros, sowie die Unterstützung von Kultur, Sport und Medien.

Sollte die Stimmbevölkerung das Covid-19-Gesetz ablehnen, tritt es ein Jahr nach der Annahme durch das Parlament ausser Kraft, also am kommenden 25. September. Damit würde die gesetzliche Grundlage für die Unterstützungsleistungen entfallen. Während der Geltungsdauer des Covid-19-Gesetzes bereits ausbezahlte oder in Form von Krediten oder Bürgschaften gewährte Unterstützungen würden bestehen bleiben. Für gewisse Instrumente müssten aber neue gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. *Reto Anklin*

EVENTS – Der Tag der Wirtschaft kann leider auch im Jahr 2021 nicht stattfinden. Die Wirtschaftskammer Baselland hat sich aufgrund der anhaltenden Planungsunsicherheit dazu entschieden.

Tag der Wirtschaft 2021 fällt aus



Der Tag der Wirtschaft – hier eine Impression der Auflage 2018 – kann im November 2021 zum zweiten Mal in Folge nicht stattfinden. Bild: Archiv Standpunkt

Der Tag der Wirtschaft gehört zu den grössten Anlässen seiner Art in der ganzen Schweiz. Der Event füllte in den vergangenen Jahren die Basler St. Jakobshalle mit Entscheidungsträgern aus der Wirtschaft. Hochkarätige Speaker, ein Mitglied des Bundesrates und viel Wirtschaftsprominenz teilten sich mit mehreren Tausend Gästen diesen inspirierenden Tag, der von einem Symposium, der Award Winning Ceremony der Swiss Innovation Challenge (SIC) und einem Networking Dinner mit 700 Teilnehmenden begleitet war und somit das gesamte Netzwerk der regionalen KMU-Wirtschaft zusammenbrachte.

Im vergangenen November musste der Tag der Wirtschaft aufgrund der Covid-19-Pandemie abgesagt werden, die Award Winning Ceremony des SIC fand im Rahmen eines Live-Streaming-Events ohne Besucher statt. Die Hoffnung war zu jenem Zeitpunkt gross, dass der Tag der Wirtschaft am 25. November 2021 wieder im gewohnten Stil wird stattfinden können. Die ersten Vorgespräche mit möglichen Referenten waren bereits geführt, die Termine vereinbart, die Lokalitäten reserviert.

Planungsunsicherheit bleibt

Doch die Pandemie stellt die Organisatoren von grossen Events noch immer vor grosse Herausforderungen. Die grösste davon ist die Planungsunsicherheit, die weiterhin herrscht und die auch mit dem vom Bundesrat jüngst präsentierten Drei-Stufen-Plan und Zulassungen von höheren Besuchergrössen ab Juli und September nicht gänzlich zu beseitigen ist, da diese Rahmenbedingungen stets von der epidemiologischen Lage abhängig bleiben.

Ein hochkarätiger Event in der Grössenordnung eines Tages der Wirtschaft braucht eine sehr lange Vorlaufzeit, um ihn mit den in den vergangenen Jahren gesetzten Qualitätsstandards vorzubereiten. Dazu ist der Anlass aufgrund seiner Beliebtheit bis zur letzten Durchführung 2019 ein Event, der grosse Menschenmassen in Innenräumen zusammenbringen wird, der vom Austausch, vom gegenseitigen Gespräch, vom Networking und der Nähe zu wichtigen Exponenten lebt. Es ist aus heutiger Perspektive noch immer nicht absehbar, ob ein solcher Anlass im November 2021 überhaupt durchgeführt werden kann, ohne zu stark an Anziehungskraft und Attraktivität zu verlieren.

Grosses Bedauern

Die Wirtschaftskammer Baselland hat sich deshalb in Erwägung all dieser Punkte schweren Herzens dazu entschieden, neben der bereits annullierten Rangfeier im Juli, nun auch den Tag der Wirtschaft im Jahr 2021 abzusagen. «Wir bedauern sehr, dass wir unseren grössten und wichtigsten Event auch in diesem Jahr nicht präsentieren können. Das tut weh, aber es ist aus heutiger Sicht aufgrund der weiter bestehenden Unsicherheiten nicht verantwortbar», sagt Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer. Für ihn selbst war der Tag der Wirtschaft bislang fast so etwas wie der höchste berufliche Feiertag im Kalenderjahr. Nun schon zum zweiten Mal darauf verzichten zu müssen, sei sehr schmerzhaft.

Jene Elemente aus dem Tag der Wirtschaft, die plan- und durchführbar sind und auch kurzfristig relativ unkompliziert auf hybride oder vollständig digitale Formate umgestellt werden können, versuchen die Verantwortlichen der Wirtschaftskammer im neuen Tagungs- und Eventcenter im Haus der Wirtschaft in Pratteln, in dem seit Anfang 2021 auch die Wirtschaftskammer domiziliert ist, dennoch möglich zu machen. Das betrifft insbesondere die Award Winning Ceremony der Swiss Innovation Challenge und möglicherweise das Symposium. Entsprechende Abklärungen sind diesbezüglich im Gang.

Flexible Plattform

«Das Tagungs- und Eventcenter in Pratteln bietet uns eine Plattform, in der wir flexibler handeln können als bei einer externen Location», sagt Buser und unterstreicht, dass er das Jahr 2021 nutzen möchte, um Anlässe, Seminare und Events im Haus der Wirtschaft zu etablieren – immer natürlich im Rahmen der geltenden Massnahmen des BAG im Zuge der Pandemiebekämpfung. Buser unterstützt dabei die vom Bundesrat in Aussicht gestellten neuen Optionen für die Durchführung von Events. «Die Menschen haben einen Nachholbedarf, was soziale Kontakte und die Teilnahme an gemeinsamen Anlässen betrifft. Diese Perspektive ist auch für die arg gebeutelte Eventbranche von grosser Wichtigkeit.» *Daniel Schaub*

KOMMUNALE ABSTIMMUNG – In Allschwil wird am 13. Juni über den Quartierplan «Alba» abgestimmt, gegen den das Referendum ergriffen worden ist. Das zukunftsweisende Projekt von Herzog & de Meuron ist eine grosse Chance für Allschwil.

Wichtiger Akzent für das Bachgrabenareal

Das Bachgrabenareal in Allschwil gehört zu den wichtigsten gewerblichen Entwicklungsgebieten des Kantons Basel-Landschaft. Hier wird schon seit Jahren an der Zukunft gebaut, hochwertige Firmen siedeln sich an, die verkehrstechnische Erschliessung mit Zubringer und Autobahnanschluss sowie attraktiven Fahrrad- und ÖV-Projekten wird vorbereitet.

Zeitnah erschlossen werden sollen auch drei Parzellen im Gebiet Hegenheimermattweg/Lachenstrasse/Kiesstrasse schräg gegenüber dem Gartenbad Bachgraben. Die Grundstücke auf dem BaselLink-Areal wurden von der IP Bachgraben AG 2017 vom Landeigentümer Bürgerspital übernommen und soll nun mit einem entsprechenden Quartierplan bebaut werden. Als eigentliches «Tor» zum Gewerbegebiet Bachgraben plant das renommierte Architekturbüro Herzog & de Meuron hier ein zukunftsorientiertes und umweltverträgliches Bürogebäude. Das Gebäude soll im Gegensatz zu anderen gewerblichen Gebäuden im Bachgrabengebiet die doppelte Höhe von 40 Metern aufweisen.



Das markante Alba-Haus am Eingang des Entwicklungsgebietes Bachgraben soll 40 Meter hoch werden. Bild: Herzog & de Meuron

Ein modernes Projekt

Verdichtete Bauweise mit mehr Geschossen, dafür einem attraktiven, 13 000 m² grossen Park- und Grünraum in der Umgebung – dieses Modell ist auch im Gewerbebau zukunftsträchtig. Mit einem speziellen Parkraumkonzept für das ganze Areal wird auf die Erschaffung überflüssiger Parkplätze verzichtet und der Fokus auf die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze mit dem Velo und dem ÖV gelegt. Das Konzept des Hauses entspricht den modernen Anforderungen an Diversität, Community und der Skalierbarkeit der Flächen.

Das Erdgeschoss ist ein offener Raum mit Gastronomie und öffentlichen Angeboten (Bank, Apotheke, Wäscherei, Kita usw.), auf den ersten drei Stockwerken wird ein öffentlich, urban geprägter Raum geschaffen. Für Mieter und Besucher entsteht so ein vielseitig nutzbares Serviceangebot.

Auch das energetische Konzept des Hauses überzeugt. Eine Photovoltaik-Anlage deckt bis zu 30 Prozent des Strombedarfs, Erdwärme wird genutzt und ökologischer Strom bezogen. Der Betrieb des Hauses kommt vollständig ohne fossile Brennstoffe aus. Im Veloraum (mit Werkstatt) werden Ladestationen für E-Bikes angeboten.

Qualitative Weiterentwicklung

Der Einwohnerrat Allschwil hat dem Quartierplan Alba an seiner Sitzung vom 4. November 2020 mit der grossen Mehrheit von 29:9-Stimmen deutlich gutgeheissen. Das kommunale Referendum von Grünen, EVP und VCS kam mit rund 600 Stimmen zustande, weshalb nun eine Urnenabstimmung notwendig ist. «Der Gemeinderat setzt zusammen mit dem Einwohnerrat und dem Kanton Basel-Landschaft auf den Quartierplan Alba und damit auf eine qualitative und langjährige Weiterentwicklung im Life-Science-Hotspot des Bachgrabengebiets», sagt die Allschwiler Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli-Kaiser. *Daniel Schaub*

www.alba-ja.ch
www.alba-haus.ch

TAGUNGS- UND EVENTCENTER (TEC) – In den Themenräumen des Tagungs- und Eventcenters des Hauses der Wirtschaft geht es einmal um die Welt. Sei es in Panama oder Casablanca, im Amazonas oder in Malawi, in der Camargue, in Mumbai oder Malibu: Der Kreativität und zukunftsträchtigen Geschäftsideen und -strategien sind in diesen Räumen keine Grenzen gesetzt.

Haus der Wirtschaft lädt zur Weltreise

Das Reisen ist zu Coronazeiten zwar arg eingeschränkt, dafür aber weht durch das Haus der Wirtschaft in Pratteln der Duft der grossen weiten Welt. Das dort am vergangenen 19. April eröffnete Tagungs- und Eventcenter (TEC) bringt einen frischen Wind in die Eventlocation-Landschaft der Nordwestschweiz.

«Das TEC ist weit mehr als eine blosse Ansammlung verschiedener Meetingräume», sagt **Anja Ullmann,** Leiterin des TEC. «Es ist ein Ort der Inspiration, fördert neue Ideen und bietet eine Umgebung, in der man aus dem Alltagstrott am Arbeitsplatz ausbrechen kann», sagt Ullmann weiter.

Einzigartig ausgestattete Räume

Am besten zu spüren ist die TEC-Philosophie in den sieben einzigartig ausgestatteten Themenräumen Panama, Casablanca, Amazonas, Malawi, Camargue, Mumbai und Malibu. Die Räume sind für Treffen von vier bis sechs Personen konzipiert. Sie sind ihrem Namen entsprechend eingerichtet – individuell und anregend anders, von asiatisch leicht und französisch verspielt bis zum stylischen Art-Déco- und sommerlichen Beach-House-Stil.

Getreu dem Motto des TEC «Innovation durch Inspiration» bieten sie eine ideale Umgebung, um sich angeregt und kreativ auszutauschen.

«DAS OFFSITE-FEELING IST HIER ONSITE ERLEBBAR, UND UNSERE MEETINGGÄSTE REISEN AN EINEM EINZIGEN TAG UM DIE GANZE WELT.»

Anja Ullmann, Leiterin TEC

«Das Offsite-Feeling ist hier Onsite erlebbar, und unsere Meetinggäste reisen an einem einzigen Tag um die ganze Welt, sagt Anja Ullmann, Leiterin TEC. Ob Kundenmeetings, Teamretraiten, strategische Sitzungen oder Coachings – der Einsatzzweck der Räume sei enorm vielfältig. Im Mietpreis inbegriffen sind kostenfreies WLAN: die Standardtechnik; Kaffee, Tee und Wasser (offen) sowie die Erstbefüllung der Minibar.

TEC bietet noch mehr

Neben den Themenräumen bietet das Tagungs- und Eventcenter im Haus der Wirtschaft auf seinen 2000 Quadratmetern Fläche noch weit mehr. Es beheimatet insgesamt 13 Veranstaltungsräume mit Grössen von 15 bis 430 Quadratmetern, einen klassischen Boardroom für Verwaltungsratssitzungen sowie einen Konferenzraum mit Platz für 100 Personen. Herzstück ist das hochmoderne Auditorium im Erdgeschoss mit Platz für bis zu 300 Personen.

Komplettiert wird das Angebot des TEC durch zwei Aussenbereiche – die Inspiration Terrace und die Impulse Lounge – sowie das Catering des hauseigenen Restaurants «Boost». Das TEC ist Mitglied von Q12, der Vereinigung von mittleren und kleineren Kongress- und Kulturzentren der Schweiz. Das Haus der Wirtschaft liegt zentral zwischen Autobahnausfahrt und Bahnhof in Pratteln. *Reto Anklin*



Der Raum Panama erinnert an die Erbauer des gleichnamigen Kanals: Menschen, die aus einer Planskizze mehr als einen Papiertiger machten. Hier lösen sich Herausforderungen und entstehen nachhaltige Projekte.



Casablanca ist inspiriert von der marokkanischen Stadt und dem Filmklassiker mit Humprey Bogart. Der ideale Ort, um den engsten Mitarbeitenden direkt in die Augen zu schauen und Ideen zu verfeinern.



Im Themenraum Amazonas können die Ideen und Gedanken fliessen, sich aus allen Richtungen sammeln, zur Stärke finden und am Ende gemeinsam ans Ziel führen.



In diesem Raum treffen sich die Gegensätze Malawis: warmherzige Menschen und mächtige Löwinnen und Löwen. Hier lässt es sich mit Argumenten kämpfen und gleichzeitig neue Freundschaften schliessen.



Der Duft der Inspiration weht durch den Raum Camargue. Die alten Zöpfe landen in der Wäschezeine auf dem alten Schrank und machen Platz für eine neue, leuchtende Zukunft.



Der Elefant sorgt im Raum Mumbai dafür, dass nichts Wichtiges vergessen geht. Hier starten Reisen, die am Anfang vielleicht ins Ungewisse führen, aber mit einem verheissungsvollen und klaren Plan enden.

RÄUME BUCHEN

HDW HAUS DER WIRTSCHAFT
Tagungs- und Eventcenter

Die einzelnen Tagungsräume des TEC können wahlweise für eine, zwei, drei oder vier Stunden sowie einen halben oder ganzen Tag gemietet werden. Auditorium, Small Conference, Boardroom und die Kreativräume können einen halben oder ganzen Tag gemietet werden.

Öffnungszeiten:
Mo bis Fr von 8 bis 22 Uhr
Sa von 8 bis 18 Uhr
Sonn- und Feiertage auf Anfrage

Tagungs- und Eventcenter (TEC)
Haus der Wirtschaft
Hardstrasse 1
4133 Pratteln
Telefon: 061 927 64 55
E-Mail: tec@hdw.ch
Besichtigungen sind mit Voranmeldung möglich.

Ansprechpartner:
Anja Ullmann
Leitung Tagungs- und Eventcenter
Özge Aydogdu
Praktikantin Tagungs- und Eventcenter

www.hdw.ch/tec



Im kleinen, aber feinen Raum Malibu branden die Wellen und bieten in entspannter Atmosphäre das Umfeld, um mehr als nur Sandburgen zu bauen. Bilder: Grütter

JAHRESBERICHT 2020 – Die Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe (AMKB) war im Corona-Jahr 2020 stark gefordert. Das in den letzten Jahren entwickelte ganzheitliche Konzept hat sich bewährt, die Verstossquote indes bleibt hoch.

Jede fünfte Kontrolle zeigt Verstösse

«Arbeitsmarktkontrolle im Wandel» – so lautete der Titel im Geschäftsbericht 2019 der Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe. Und dieser Prozess hat – verstärkt durch die Covid-19-Pandemie – auch das Geschäftsjahr 2020 geprägt: Mit der Übernahme der Kontrolltätigkeit im Kanton Basel-Stadt und der Beauftragung durch Regierungsrat Thomas Weber für die Durchführung von Covid-19-Hygienekontrollen im Kanton Basel-Landschaft hat die AMKB ihre Geschäftstätigkeit ausgeweitet.

Am 7. März 2021 hat die Stimmbevölkerung im Kanton Basel-Landschaft die neuen Gesetze zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und das Arbeitsmarktgesetz mit rund 85 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Das ist auch ein Vertrauensbeweis gegenüber der AMKB und ihrer täglichen Kontrolltätigkeit auf den Baustellen. Parallel zur Gesetzesrevision hat die AMKB mit der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Basel-Landschaft eine neue Leistungsvereinbarung ausgearbeitet. Dabei wurde darauf geachtet, Leistungspakete zu schnüren, die an klare Messgrössen gebunden sind.



Michael von Felten, Delegierter des Vorstandes der Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe (AMKB). Bild: zVg

Themen- und branchenübergreifende Kontrollen

Zudem ist die Erfahrung der vergangenen Jahre eingeflossen: Die themen- und branchenübergreifende Kontrolltätigkeit hat sich bewährt und ist in der neuen Leistungsvereinbarung weiter verankert worden. «Dies ist ein wichtiger Punkt im Zusammenhang mit ganzheitlichen und effizienten Kontrollen in allen Bereichen bei unseren Baustellenbesuchen und vermeidet Zuständigkeitsdiskussionen vor Ort», sagt Michael von Felten, Delegierter des Vorstandes der AMKB.

Die AMKB ist vom Kanton Basel-Landschaft ab Beginn der neuen Leistungsvereinbarung am 1. Juli 2021 mit folgenden sechs Leistungspaketen beauftragt:

- Durchführung von mindestens 2000 Baustellenkontrollen
- Durchführung von 300 Schwarzarbeitskontrollen
- Durchführung von 50 Submissionskontrollen
- Durchführung von Hygienekontrollen auf Baustellen, die regelmässig besucht werden
- Kontrolle von Unterkünften von entsandten Arbeitnehmenden
- Information und Prävention

«Mit der neuen Regelung müssen wir zwar nur noch 300 statt wie bisher 450 Schwarzarbeitskontrollen durchführen, doch wir können uns so stärker auf die Verdachtsfälle konzentrieren. Unsere Kontrollpersonen haben dafür den entsprechenden Riecher», so von Felten.

«System wird unterlaufen»

Zudem beauftragen die Paritätischen Kommissionen des Baunebengewerbes die AMKB mit der Durchführung von Entsendekontrollen (FLAM) und gezielten GAV-Kontrollen bei Schweizer Betrieben. Kernstück des neuen Leistungsauftrages des Kantons Basel-Landschaft sind mindestens 2000 Baustellenbesuche. Im Rahmen von regelmässigen Besuchen werden Informationen über den Baufortschritt eingeholt, Erhebungen darüber gemacht, welche Firmen mit wie viel Mitarbeitenden in welcher Branche (Unterstellung GAV) auf der Baustelle sind und festgestellt, welche Subunternehmerketten, Personalverleihe und Selbstständigerwerbende eingesetzt werden. Vor Ort werden je nach Situation auch Befragungen durchgeführt, so wie im Fall Pratteln (vgl. Artikel auf der rechten Seite). «Wir beobachten seit einiger Zeit, dass es immer mehr grössere Firmen aus der EU gibt, die die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz systematisch unterlaufen», sagt von Felten.

Gerade bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und systematischen Verstössen gegen orts- und branchenübliche Arbeitsbedingungen sind Kenntnisse über die Verhältnisse auf den Baustellen und über die verschiedenen Akteure entscheidende Voraussetzungen. Im Gegenzug sollen diejenigen Firmen, die sich an die Gesamtarbeitsverträge halten, von administrativem Aufwand entlastet werden.

Die 2020 durchgeführten Kontrollen zeigen, dass die Verstossquoten in allen Bereichen weiterhin hoch sind (vgl. untenstehende Tabelle). Bezogen auf die gesamthaft 763 Kontrollen im Kanton Basel-Landschaft wurde bei fast jeder fünften ein Verstoss festgestellt. Die Verstossquote ist gegenüber dem Vorjahr sogar noch leicht gestiegen. «Das hat auch damit zu tun, dass weniger Kontrollen bei Firmen durchgeführt wurden, bei denen sich keine Verdachtsmomente ergeben haben», präzisiert von Felten zwar. Aber er hält auch klar fest: «Wir können nicht sagen, wir hätten kein Problem.»

Eine enorme Leistung

Für die neuen Auftraggeber im Kanton Basel-Stadt und andere Paritätische Kommissionen hat die AMKB im vergangenen Jahr zusätzlich 245 GAV-Kontrollen durchgeführt, im Auftrag des AWA Basel-Stadt zusätzlich 190 Schwarzarbeitskontrollen. Das ergab für das Jahr 2020 insgesamt 1200 Schwarzarbeits- und GAV-Kontrollen.

Dazu kamen im Zuge der Corona-Pandemie 850 durchgeführte Hygienekontrollen auf den Baustellen im Kanton Basel-Landschaft. Das ergibt im Durchschnitt pro Tag acht abgeschlossene Kontrollen. Eine enorme Leistung, die nur dank dem Einsatz der Mitarbeitenden der AMKB möglich gemacht wurde. *Daniel Schaub*

DIE KONTROLLTÄTIGKEIT DER AMKB IM BASELBIET 2020

Kategorie	Anzahl Kontrollen	Verstösse	Verstossquote
Schwarzarbeit	353	73	20,7%
Flam-Kontrollen	361	58	16,1%
CH-Kontrollen	20	6	30,0%
Submissionskontrollen	29	4	13,8%
Total	763	141	18,5%

AMKB – Die Arbeitsmarktkontrolle ist notwendiger denn je. Manuel Käppler von der Unia und Hannes Jaisli von der Wirtschaftskammer Baselland beurteilen als Vertreter in der AMKB das momentane Umfeld und fordern schärfere Sanktionen bei Verstössen auf Baustellen.

«Das Sanktionsregime reicht offensichtlich nicht aus»

Standpunkt: *Manuel Käppler, wenn Sie als Vertreter der Unia Aargau Nordwestschweiz in der AMKB von den Verstössen auf der Baustelle in Pratteln hören, was geht Ihnen da durch den Kopf?*

Manuel Käppler: Es ist unschwer zu erkennen, dass hier eine üble Systematik dahintersteckt. Auf dem Buckel der osteuropäischen Arbeiter wird hier ganz offensichtlich betrogen. Es sind Zustände, die nicht tolerierbar sind.

Und Sie, Hannes Jaisli, wie beurteilen Sie als Vertreter der Wirtschaftskammer Baselland die Vorgänge in Pratteln?

Hannes Jaisli: Mir fehlen etwas die Worte. Wenn bis zu 140 Arbeiter aus Osteuropa hier mit Bussen auf die Baustelle gefahren werden unter Missachtung minimaler Anforderungen an Lohn und Arbeitszeit – und das mitten im Baselbiet – dann zeigt das sehr deutlich auf, wie wichtig die Arbeitsmarktkontrollen sind, um unsere Schweizer KMU-Wirtschaft zu schützen. Bei den Kontrollen der AMKB erreichte die Verstossquote letztes Jahr fast 20 Prozent, oft auch durch Schweizer Unternehmen. Das ist einfach zu viel und man will sich nicht vorstellen, welche Zustände herrschen würden, wenn wir nicht gezielt kontrollieren würden.

Das Kontrollsystem scheint ja durchaus effizient zu sein und greift. Das müsste im Prinzip abschreckend wirken. Warum bleibt die Verstossquote so hoch?

Jaisli: Ganz offensichtlich reicht das derzeitige Sanktionsregime nicht aus, um hier trotz der intensiven Kontrollen eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Die systematischen Rekrutierungen von Billigarbeitern, speziell aus Osteuropa, erreichen eine neue Dimension, obwohl sie ganz klar rechtswidrig sind. Die gesetzlichen Grundlagen wären vorhanden, um weit energischer und auch monetär schmerzhafter durchzugreifen, doch es fehlt die Konsequenz der Behörden. Die Täter können sich zu oft ungeschoren aus dem Staub machen und wissen, dass sie danach kaum mehr zur Rechenschaft gezogen werden.

Käppler: Die Verantwortung der Auftraggeber wird zu wenig stark wahrgenommen und zu oft auf Subunternehmer geschoben, die wiederum Subunternehmer engagieren. Dieses Netzwerk ist meist verstrickt und schwer greifbar. Das darf aber die Justiz nicht davon abhalten, Verstösse mit dem nötigen Nachdruck zu verfolgen.

Kommen die ursprünglichen Auftraggeber zu gut weg?

Käppler: Wir hatten in den vergangenen Jahren Fälle auf Baustellen der IWB oder der Roche. Werden Verstösse festgestellt, werden die geforderten Nachzahlungen und eine allfällige Busse schnell beglichen, der Fall ist erledigt und die mediale Empörung ebbt schnell wieder ab. Von aussen betrachtet macht das fast ein wenig den Eindruck, als sei das einkalkuliert.

Jaisli: Die Erfahrungsberichte aus der Praxis zeigen uns, dass es viele Schlupflöcher gibt. Das wirkungsvollste Instrument ist eine Schliessung der Baustelle, bis die Missstände behoben sind. Das ist dann nicht nur ein Problem des Subunternehmers, sondern auch des Auftraggebers. Wir haben nun seitens der AMKB beim KIGA Baselland für den Fall in Pratteln eine solche Schliessung verlangt. Ohne harte Massnahmen lachen sich die Betreiber dieser Subunternehmer-Konstrukte doch einfach ins Fäustchen. Im schlimmsten Fall kommen sie aktuell auf eine Dienstleistungs-Sperrliste, doch gerade die osteuropäischen Anbieter wechseln dann ihre Firmennamen und jene der vermittelten Arbeiter schnell wieder aus. Der Liste fehlt es so schlicht an Wirkung.

Per 1. Juli 2021 treten im Kanton Basel-Landschaft die im März an der Urne bewilligten neuen Arbeitsmarkt- und Schwarzmarktgesetze in Kraft, die dazu gehörige Leistungsvereinbarung hat eben mit 14:0-Stimmen die vorberatende Landratskommission durchlaufen. Was ist aus Ihrer Sicht bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen wichtig?

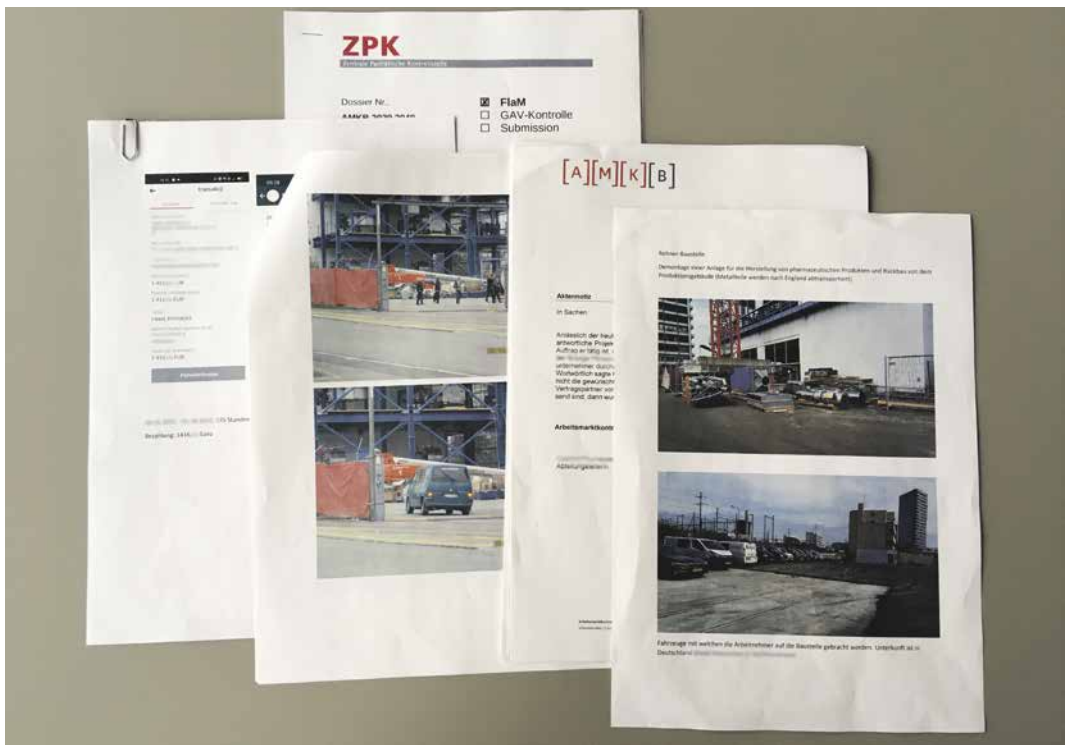
Jaisli: Wir mussten in der gesamten Vorberatung enorm dafür kämpfen, dass wir das Niveau der möglichen Sanktionen bei Verstössen überhaupt halten konnten. Die Wichtigkeit der Kontrollen und des Umstandes, dass die Sozialpartner, die am Puls des Geschehens die Missstände kennen, weiterhin eine zentrale Rolle in der Abwicklung spielen, zeigt sich durch solche Vorfälle wie in Pratteln umso mehr. Entscheidend ist nun, dass man an den gemeinsam geschaffenen Rahmenbedingungen innerhalb der Leistungsvereinbarung nicht kurz vor Torschluss noch unnötige und falsche Korrekturen anbringen will.

Käppler: Die Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe im Kanton Basel-Landschaft mit der tripatiten Kommission ist ein ausgewogenes Erfolgsmodell. Das haben auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger beim Urnengang im vergangenen März deutlich bestätigt. Wir sollten nun auch die letzte Ziellinie noch ohne Schlenker erreichen und so gute Voraussetzungen für die Zukunft schaffen. Sie sind, wie man jetzt sieht, wichtiger denn je.

Interview: Daniel Schaub

DER FALL VON PRATTELN – Das Ergebnis einer Baustellenkontrolle in Pratteln: Die Qualifikation der 140 Arbeiter wurde nie nachgefragt, der Stundenlohn beträgt 10 Euro.

Millionengeschäft mit Dumping



Um Verstösse festzustellen, arbeiten die Kontrollpersonen der AMKB detektivisch. Bild: Standpunkt

«Es wird immer mehr und immer systematischer betrogen», sagt Michael von Felten. Er ist Delegierter des Vorstandes der Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe, besser bekannt unter dem Kürzel AMKB. «Letztlich geht es um Millionen von Franken, die den Schweizer Firmen entgehen», sagt von Felten, wenn es um die Kontrolle und Aufdeckung von «Bschiss» im Baugewerbe geht. Und er fügt an, dass es immer grössere Firmen sind, die wissentlich gegen das Gesetz verstossen. In der jüngeren Vergangenheit haben einige Fälle in der Region für Schlagzeilen gesorgt.

Die Liste könnte demnächst ergänzt werden. Und zwar um den Fall in Pratteln, wo ein Industriegebäude rückgebaut und im Ausland wiederaufgebaut wird. Bei der Kontrolle wurden vielerlei Verstösse festgestellt.

«Nur» 10 Euro Stundenlohn

Das niederländische Unternehmen, das den Auftrag für den Rückbau erhalten hat, braucht Arbeiter. Dafür arbeitet es mit Subunternehmern in Osteuropa zusammen. Diese Subunternehmen rekrutieren Personen in Polen, Litauen und Lettland. Spätestens hier beginnen die Probleme, die bis in die Schweiz reichen.

Die Subunternehmer rekrutieren die Leute via Internetanzeigen. Nach einer Qualifikation wird dabei offenbar nicht gefragt. Laut Aussagen von Beteiligten wurden solche nie verlangt. Die ganze Kommunikation lief hauptsächlich über WhatsApp und Mail. Hauptkriterium für die Anstellung ist, dass der Arbeiter mit dem Stundenlohn von 10 Euro pro Stunde einverstanden ist. Das ist viel Geld für die Menschen aus Osteuropa. Zum Vergleich: Der gesetzliche Mindestlohn in Polen beträgt rund 3.50 Euro. Für jemanden aus Lettland klingen 10 Euro gar noch paradiesischer: Dort beträgt der Mindestlohn 2.54 Euro.

In der Schweiz wären für die Art von Arbeit, wie sie in Pratteln verlangt wird, mindestens 20 Franken pro Stunde vorgeschrieben. Ob die 10 Euro den Arbeitern 1:1 ausbezahlt werden, konnte (noch) nicht festgestellt werden. Das ist Gegenstand von Abklärungen. In einem Fall war es jedoch möglich zu dokumentieren, dass eine Person in dreieinhalb Wochen 195 Stunden gearbeitet und dafür einen Lohn von 1416 Euro erhalten hat. Das wären dann 7.20 Euro für die Arbeitsstunde!

Gegen Quarantäne verstossen

Womit das nächste Thema ansteht: die Arbeitszeit. Die Arbeiter auf der Prattler Baustelle haben gemäss der Kontrollinstanz weit mehr als die erlaubten 50 Wochenstunden gearbeitet. Nämlich zwischen 55 und 57 Stunden, wie die Kontrolleure in akribischer Detektivarbeit festgestellt haben. Das ist weitaus mehr, als es das Gesetz und der Vertrag mit den Arbeitern vorsehen.

Die nächste Verfehlung, welche die Kontrolleure festgestellt haben, betrifft die Arbeitssicherheit. Die Art der Arbeit verlangt in der Schweiz zusätzliche Qualifikationen, beispielsweise für die Arbeit in der Höhe. Nur wurden Qualifikationen offenbar nie eingeholt. Für die Kontrolleure ist klar: Hier wurde in vielen Fällen die Arbeitssicherheit verletzt.

Mangelnde Qualifikationen, Dumpinglöhne, fehlende Sicherheit bei der Arbeit – kommt da noch was? Ja, denn die Arbeiter wohnen allesamt in Deutschland, in grenznahen Hotels (mit Kochgelegenheit) und werden täglich mit Kleinbussen auf die Baustelle gefahren. Die Unterkunft wird vom Auftragnehmer bezahlt, der über den Subunternehmen steht. Damit wurde bei der Einreise nach Deutschland mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch gegen die Quarantäne-Vorschriften verstossen. Was die Menschen im grenznahen Deutschland wenig freuen wird, denn die Polen, Letten und Litauer waren ennet der Grenze auch regelmässig einkaufen, da sie Selbstversorger sind und sich von den 10 Euro Stundenlohn auch ernähren müssen. In der Schweiz wären dafür übrigens rund 60 Franken Spesen fällig.

Zur Präzisierung: Wir sprechen von rund 140 Personen, die von Dezember bis jetzt auf dieser Baustelle unter diesen Bedingungen zu verschiedenen Zeiten tätig waren.

All das ist ein lohnendes Geschäft, weil der Auftrag ein lukrativer ist. Eine Kontrolleurin: «Das muss man sich vorstellen. Da verdienen alle Beteiligten Millionen, die Arbeiter sind in der Illegalität und erhalten nicht mal den Mindestlohn von 20 Franken.»

Von den betrogenen seriösen Schweizer Unternehmern, die Mindestlöhne, Sozialabgaben und Spesen zahlen, gar nicht zu sprechen. Diese hatten unter diesen Umständen gar keine Chance, einen solchen Auftrag zu erhalten, wird von der Kontrollinstanz ergänzt.

Sicher ist, dass renitente Arbeiter sofort nach Hause geschickt und die Hotelkosten vom ausstehenden Lohn abgezogen werden. Die Baustelle war bei Redaktionsschluss noch in Betrieb. Es gilt die Unschuldsvermutung. *Patrick Herr*

SO SIEHT ES DIE AM SUISSE



Peter Meier, Zentralpräsident der AM Suisse. Bild: zVg

«Solche Fälle müssen öffentlich werden»

Standpunkt: *Herr Meier, Sie sind Zentralpräsident der AM Suisse, welche die Arbeitgeber- und Bildungsinteressen der Branchen Metallbau, Landtechnik und Hufschmiede vertritt. Was bedeutet das für die hiesigen Metallbauer, dass der Rückbau des Rohner-Areals in Pratteln durch Billigarbeiter aus Osteuropa abgewickelt wird?*

Peter Meier: Zunächst muss man festhalten, dass es keine Firma in unserem Verband in der Nordwestschweiz gibt, die auf Rück- und Wiederaufbau von Industrie- und Produktionsanlagen spezialisiert ist. Daher ist es für uns vertretbar, dass die Arealeigentümerin für diese komplexe Arbeit ein niederländisches Unternehmen beauftragt hat. Was natürlich nicht geht, ist, wenn ein osteuropäisches Subunternehmen Personal rekrutiert und für Einsätze in der Schweiz vermittelt, ohne dafür die hier geltenden Bestimmungen in Sachen Lohn, Arbeitszeit und Sicherheit zu beachten. Das ist gleich in doppelter Hinsicht verwerflich.

Weshalb?

Die Anstellung von Billigarbeitern, die in der Schweiz für Dumpinglöhne arbeiten und missbräuchlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, benachteiligt das hiesige Gewerbe. Zudem gilt es zu erwähnen, dass wir hier in der Region genug Personalverleiher haben, die im Industriesektor tätig sind und Personal rekrutieren können. Leute, die dann sicher unter GAV-Bedingungen arbeiten.

Von gleich langen Spiessen im Wettbewerb kann hier also nicht mehr die Rede sein. Wie wehren Sie sich seitens AM Suisse gegen solche unhaltbaren Zustände?

Wir als Verband können derartige Fälle nicht aufdecken. Aber uns ist es extrem wichtig, dass die AMKB und das Kiga hier an vorderster Front aktiv sind. Die AM Suisse begrüsst es ebenfalls, wenn solche Fälle öffentlich gemacht werden. Denn somit erfahren unsere Mitglieder, dass tatsächlich kontrolliert wird. Und zwar nicht nur die kleinen Arbeitgeber, sondern auch die grossen und mächtigen. Schliesslich senden die aufgedeckten Missstände auch ein Zeichen an die Branche, insbesondere an die ausländischen Mitbewerber: Wer in der Schweiz tätig sein will, muss sich an unsere Vorschriften, Gesetze und Tarife halten. *lv*

DIE ARBEIT DER KONTROLLPERSONEN – Wer Baustellen überprüft, muss viel detektivischen Spürsinn haben. Denn es gibt immer mehr Fälle von systematischem Betrug, sagt eine Kontrollperson. Gefordert wird, dass die Fehlbaren stärker zur Rechenschaft gezogen werden.

«Diese grösseren Fälle sind leider nicht mehr die Ausnahme»

Wir hatten Gelegenheit, uns mit einer Person zu unterhalten, die regelmässig Kontrollen auf Baustellen macht und auch im oben erwähnten Fall tätig war. Die Redaktion entspricht dem Wunsch der Person, aus Diskretionsgründen keinen Namen zu nennen. Die Person, die wir nachstehend D.K. nennen, ist der Redaktion jedoch bekannt.

Standpunkt: *Wie ordnen Sie den vorliegenden Fall ein: ein ganz normaler Verstoss oder doch eine grössere Sache?*

D.K.: Es gibt leider immer mehr Fälle, bei denen systematisch gegen die Gesetze verstossen wird. Die kriminelle Energie wird immer mehr, wohl wissend, dass man so in der Schweiz viel Geld verdienen kann. Der Fall in Pratteln ist sicherlich kein kleiner Fall und sicherlich – leider – auch nicht mehr die Ausnahme. Das muss man in dieser Deutlichkeit sagen.

Wie sind Sie konkret vorgegangen, um die Verstösse aufzudecken?

Wir gehen bei Entsendemeldungen immer kontrollieren. Das ist unser Alltag. Wenn wir bei einer Kontrolle Widersprüche feststellen, gehen wir der Geschichte etwas näher auf den Grund. In diesem Fall haben wir das getan und unsere erfahrenen Kontrolleure haben rasch erkannt, dass die Aussagen der Arbeiter und der Chefs nicht übereinstimmen. So ist das Ganze ist Rollen gekommen. Dann hat es sicherlich auch viel detektivische Kleinarbeit gebraucht, mehr kann und will ich dazu nicht sagen. Aber die Branchenkenntnis und die Kenntnis über die Machenschaften in den Herkunftsländern der Arbeiter und Subunternehmen war dabei sehr nützlich.

Als Laie ist man überrascht von der kriminellen Energie und der Skrupellosigkeit, die offenbar in der Branche vorhanden ist. Wie beurteilen Sie das?

Wir sind darüber nicht mehr überrascht. Wir treffen das immer wieder an. Soviel kann ich Ihnen sagen: Es wird leider immer mehr und immer grösser. Es gibt Fälle, an denen arbeiten wir mehrere Jahre.

Welches sind die grössten Schwierigkeiten, denen Sie bei Ihren regelmässigen Kontrollen begegnen?

Es gibt gefälschte Unterlagen, der Kontakt zu den Arbeitern wird erschwert und es gibt juristische Winkelzüge. Leider ist die Rechtslage angesichts der kriminellen Energie nicht immer optimal. Die Arbeiter werden unter Druck gesetzt, damit sie nicht die Wahrheit sagen. Wenn es jemand tut und das kommt raus, dann verliert er sofort seinen Job. 10 Euro sind viel Geld für diese Menschen.

Woher wissen Sie, wenn etwas nicht stimmt?

Das ist viel Erfahrung und Menschenkenntnis. Oftmals spürt man einfach, wenn etwas nicht stimmt.

Wie gehen Sie vor um zu beweisen, dass gegen das Gesetz verstossen wird?

Wir sammeln Beweise, um diese dann vorlegen zu können. Das ist viel detektivische Arbeit.

Was können Sie mit Ihrer täglichen Arbeit auf den Baustellen bewirken?

Ich treffe immer wieder Schweizer Handwerker, die mir erzählen, dass sie für einen Auftrag offeriert haben. Und zwar so niedrig, dass es sich für sie kaum lohnt. Dennoch wird der Auftrag an eine Firma vergeben, die noch tiefer offeriert. Für die Schweizer Unternehmer ist es nicht nachvollziehbar, dass ihr Angebot unter Einhaltung aller Vorschriften, mit Mindestlohn und Sozialabgaben, unterboten wurde. Mein Anliegen ist, dass die Gesetze eingehalten werden, ein fairer Wettbewerb herrscht und Menschen nicht ausgebeutet werden. Das hilft der Schweiz.

Was würden Sie sich aus Sicht der Kontrolleure von der Politik wünschen?

Das Schweizer Gesetz basiert auf Werten wie Eigenverantwortung, Selbstdeklaration und Vertrauen. Das sind ehrenwerte Dinge, die aber von den Leuten, die wir kontrollieren, nicht oder wenig beachtet werden. Hier müsste das Gesetz strenger sein. Zumindest bei der Bestrafung der Fehlbaren sollte es wehmachen.

Interview: Patrick Herr

BERUFSBILDUNG – Seit 1. April ist Natalie Breitenstein Leiterin der Hauptabteilung Berufsbildung beim Kanton Basel-Landschaft. Als erfahrene Führungspersönlichkeit steht sie einem vielseitigen und sehr dynamischen Bereich vor.

«Die Berufsbildung scheint krisenresistent»

Für Natalie Breitenstein war es «der logische nächste Schritt». Seit dem 1. April ist sie Leiterin der Hauptabteilung Berufsbildung im Kanton Basel-Landschaft, in der sie seit zweieinhalb Jahren wirkt und deshalb sagen kann: «Ich bin in allen Themen drin, was sich verändert, ist, dass ich nun auch das Gesicht nach aussen bin und nicht wie bisher primär im Hintergrund arbeite.»

Breitenstein hat Germanistik und klassische Philologie studiert und baute nach der Promotion zunächst die Career Services der Universität Zürich mit auf. Vor ihrem Wechsel zum Kanton 2018 betreute sie beim Migros Genossenschaftsbund die Lernenden im IT-Bereich. Diese betrieblichen Kenntnisse sind ein wichtiger Mosaikstein für die nun in erster Linie strategische Arbeit in der Berufsbildung, die komplexer und breiter ist und alle involvierten Stellen mit einbezieht.

Wichtige Ansprechpartnerin

Natalie Breitenstein ist eine wichtige Ansprechpartnerin für Regierungsrätin und Bildungsdirektorin Monica Gschwind und die Dienststellenleiterin Berufsbildung, Mittelschulen und Hochschulen, Doris Fellenstein, für den Bildungsrat, für die Berufsfachschulen, aber auch für die betriebliche Seite in Themenstellungen wie Laufbahn und Integration, betriebliche Ausbildung oder Ausbildungsbeiträge. In der Leitung der Hauptabteilung hat sie den langjährigen Stelleninhaber Heinz Mohler abgelöst, der Ende 2021 in Pension gehen wird.

An Arbeit mangelt es Breitenstein und ihrem Team derzeit nicht. Die Corona-Pandemie ist für die Berufsbildung eine enorme Herausforderung. Aktuell stehen die Qualifikationsverfahren (die früheren Lehrabschlussprüfungen) im Fokus. «Wir möchten die praktischen und schulischen Prüfungen im Gegensatz zum Jahr 2020 im üblichen Rahmen und vollumfänglich durchführen können. Wir befinden uns diesbezüglich auf der Zielgeraden, aber es braucht von allen den nötigen Durchhaltewillen, damit wir am Ende auch die Ziellinie überschreiten können», sagt Natalie Breitenstein.

Im Zentrum steht auch die exakte Beobachtung des Lehrstellenmarktes in Corona-Zeiten. Das Monitoring, das der Kanton in Zusammenarbeit mit allen regionalen Wirtschaftsverbänden seit Ausbruch der Pandemie initiiert hat, zeige, dass «die Berufsbildung sehr krisenresistent ist und die Wirtschaft ihre grosse Verantwortung wahrnimmt». Es sei sehr wichtig, dass der Lehrstellenmarkt intakt bleibe. Mit der Schaffung eines temporären Koordinators für die Lehrstellenvermittlung soll die derzeit etwas paradoxe Situation entschärft werden, dass Lehrbetriebe keine Lernenden finden und die Lernenden keine Stellen. Koordinator Heinz Treuer handelt in diesem Bereich proaktiv, vermittelt und berät. Sein Mandat wird im Sommer enden, persönliche Coachings für alle jene, die bis dahin noch nicht vermittelt sind, werden zu seinen letzten Handlungen zählen.



Natalie Breitenstein ist seit dem 1. April 2021 Leiterin der Hauptabteilung Berufsbildung und steigt mitten in wichtigen Prozessen in ihre Aufgabe ein. Bild: zVg

Abgesehen von Covid-19 stehen in der Hauptabteilung Berufsbildung wichtige Zukunftsprojekte an, insbesondere im baulichen Bereich. Die beiden bislang auf zwei Standorte der gewerblich-industriellen Berufsschulen in Liestal und Muttenz sollen bis 2027 im Neubau in Muttenz zusammengefasst werden, die Berufsfachschule für Gesundheit (BFG) im Spengler-Areal in Münchenstein wird in den nächsten zwei Jahren umgebaut und zieht ab Sommer temporär auf das Basler Klybeck-Areal. Ab voraussichtlich 2023 wird die BFG mit dem BZG Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt, der Berner Fachhochschule und dem Branchenverband Gesundheitsberufe OdA Gesundheit beider Basel in die neu sanierten Räumlichkeiten einziehen, die dann als Campus Bildung Gesundheit einen Cluster bilden.

Ein Anliegen ist Natalie Breitenstein die Weiterentwicklung der Infotheken im Rahmen der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung. «In diesen Informationszentren betreuen wir zunehmend auch Erwachsene, denn im Sinne des Life-Long-Learnings wird der Bedarf an beruflichen Neuorientierungen und Weiterbildungen stetig höher», sagt Breitenstein.

Wichtig ist Breitenstein die enge und gute Zusammenarbeit mit den Berufsbildungsverantwortlichen der Wirtschaftskammer Baselland, die eine wertvolle Grundlage für die Weiterentwicklung in der Berufsbildung sei. *Daniel Schaub*

ANZEIGE

CO_2-Gesetz:

Zielführender Kompromiss oder unrealistisch und teuer?

Energie-Event der Liga Baselbieter Stromkunden

Online-Event: Dienstag, 18. Mai 2021, 19 Uhr

Das neue CO2-Gesetz birgt Zündstoff. Am 13. Juni 2021 stimmt die Schweiz über das neue CO_2-Gesetz und damit über die Klimapolitik des laufenden Jahrzehnts ab. Vor der wichtigen Abstimmung treffen am 18. Mai 2021 im Rahmen des Energie-Events der Liga Baselbieter Stromkunden Befürworter*innen und Gegner*innen der Gesetzesrevision aufeinander.

Als Gäste begrüsst die Liga Baselbieter Stromkunden:

MONIKA RÜHL
Direktorin economiesuisse

MARKUS MEIER
Direktor HEV Schweiz

STEFAN MÜLLER-ALTERMATT
Nationalrat Die Mitte

HANS WACH
Geschäftsleiter Gasverbund Mittelland AG

LIGA BASELBIETER STROMKUNDEN
Zukunftsorientierte Energiepolitik

Programm

19.00 Uhr Begrüssung
Christoph Buser, Direktor Wirtschaftskammer Baselland und Präsident Liga Baselbieter Stromkunden

19.10 Uhr Impulsreferate
Hans Wach, Geschäftsleiter Gasverbund Mittelland AG
Stefan Müller-Altermatt, Nationalrat die Mitte

19.30 Uhr Podiumsdiskussion und Fragen der Zuschauer*innen
Monika Rühl, Markus Meier, Stefan Müller-Altermatt, Hans Wach

20.15 Uhr
Ende der Veranstaltung

So sind Sie dabei:
Die Online-Veranstaltung ist kostenlos und öffentlich. Mit dem folgenden Link können Sie die digitale Veranstaltung bequem und unkompliziert live mitverfolgen und mitdiskutieren:
vimeo.com/539058137

CHEFIN IM GROSSEN MÖBELHAUS – Jessica Anderen ist CEO von Ikea Schweiz. Wir haben mit ihr im grossen Interview über Gesellschaft, Wirtschaft und Ikea-Produktenamen gesprochen.

«Viele kennen meinen Nachnamen nicht»

Standpunkt: *Hej Jessica. Tack för att du tog dig tid att föra detta samtal*.*
Jessica Anderen: Tack själv!**

Weltweit gibt es 380 Ikea-Einrichtungshäuser in 30 Ländern. Wie stark ist der schwedische Esprit in diesem multinationalen Konzern noch präsent?
Schweden ist sehr stark in unserer DNA verankert. Natürlich hat jeder Markt seine eigenen kulturellen Einflüsse, aber unsere Werte innerhalb von Ikea sind der Kompass für alles, was wir tun. So ist etwa unsere geradlinige und bodenständige Art ein wichtiger Teil des schwedischen Erbes. Die flache Hierarchie und die basisdemokratischen Prozesse werden konsequent und ehrlich gelebt – und keinem Mitarbeitenden würde auch nur in den Sinn kommen, mich zu siezen. Die meisten kennen wahrscheinlich nicht mal meinen Nachnamen!

Schweden gilt als sehr innovatives und progressives Land. Du hast für Ikea in Hongkong, Indien, Singapur, Australien und Schweden gearbeitet. Wieviel «Schweden» ist in dir (noch) drin?
Schweden liegt mir sehr am Herzen. Der Grossteil unserer Familie lebt dort. Zuhause sprechen wir Schwedisch, hören schwedische Musik, und ich esse fürs Leben gern Knäckebrot – egal, wo wir gerade wohnen auf der Welt. Sowohl bei Ikea als auch bei uns Zuhause pflegen wir ausserdem typisch schwedische Traditionen wie das Midsommarfest oder die Fika (schwedische Kaffeepause).

Du bist Board-Mitglied der Schwedisch-Schweizerischen Handelskammer. Wie nimmst du die Schweiz im Vergleich zu Schweden wahr?
Es gibt viele Gemeinsamkeiten. Ich denke da an Themen wie Klima, Demokratie, Multikulturalität, Fokus auf Nachhaltigkeit, Interesse an Design und vor allem die Leidenschaft für Innovation.

EIN PRODUKT IST NUR DANN GUT, WENN ES DIE WERTE RESPEKTIERT, FÜR DIE WIR STEHEN.

Jessica Anderen
CEO und CSO, Ikea Schweiz

Im Oktober 2019 hast du den Job als CEO übernommen, und sechs Monate später war alles anders. Wie blickst du auf die vergangenen zwölf Monate zurück?
Aussergewöhnliche Zeiten erfordern ein aussergewöhnliches Miteinander und Führung. Die Schliessung unserer Filialen war ein harter Schritt. Das Engagement und der Zusammenhalt unserer Leute während dieser Zeit haben mich überwältigt. Ich war beeindruckt, wie schnell wir lernen und uns an neue Gegebenheiten anpassen können. Wir sind flexibler und innovativer geworden und haben sehr schnell neue Dienstleistungen wie zum Beispiel unseren kontaktlosen Abholservice «Click and Collect» oder digitale Planungstools und Beratung eingeführt. Unter dem Motto «togetherwithkindness» haben wir Menschen, welche von der Pandemie hart getroffen wurden, unterstützt. Als Führungsperson in dieser besonderen Zeit habe ich erkannt, dass, wenn Dinge sich ändern, die Werte und Firmenkultur noch wichtiger werden. Mir wurde bewusst, wie wichtig es ist, den Menschen Sicherheit und Rückhalt zu geben, die Neugierde zu fördern und alle Mitarbeiter jeden Tag miteinzubeziehen.

Das ist die Sicht als CEO und Chefin von 3000 Mitarbeitenden. Wie siehst du die Dinge als Privatperson?
Ich blicke optimistisch in die Zukunft, sowohl beruflich als auch privat. Die Pandemie hat uns in die Knie gezwungen und auf uns selbst zurückgeworfen. Wir hatten viel Zeit zum Nachdenken, über uns selbst, unsere Gesellschaft und den Planeten. Sie hat uns aufgezeigt, wie fragil und anpassungsfähig wir alle sind, und unser Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Sicherheit verstärkt. Ich habe mich in dieser Zeit oft gefragt, was wirklich wichtig ist, und meine Prioritäten angefangen anders zu setzen. Die Pandemie hat auch meinen Blick auf das Zuhause verändert. Wir haben überall auf der Welt gelebt und haben unser Zuhause immer mitgenommen. Heute hat dieser Ort einen viel grösseren Stellenwert für mich erhalten.

Verändert die Gesellschaft die Wirtschaft oder verändert die Wirtschaft die Gesellschaft?
Die Wechselwirkung der beiden ist der Weg nach vorne! Das ist bei Ikea ein grosses Thema. Wir sind uns bewusst, dass jeder Schritt, den wir tun, eine Wirkung hat, welche multipliziert wird durch das Engagement von vielen. Ein Beispiel: 9 von 10 Schweizerinnen und Schweizer möchten gerne ein nachhaltigeres Leben führen wollen. Das grösste Hindernis ist, dass sie nicht so recht wissen, wie und wo sie anfangen sollen. Es fehlt eine klare Anleitung und ein entsprechendes Angebot von Behörden und Unternehmen. Hier müssen wir als Grossunternehmen Verantwortung übernehmen und den Weg weisen.

Die Pandemie hat in den vergangenen 12 Monaten viele Veränderungen angestossen. Digitalisierung, Online-Shopping, Homeoffice, lokal einkaufen, bewusster konsumieren sind ein paar Stichworte. Was wird bleiben, und wie sieht die Welt nach Corona aus?
Der Detailhandel verändert sich rasant. Die Pandemie war ein Katalysator für diese Veränderung, insbesondere im Bereich Digitalisierung. Entsprechend hat sich das Kaufverhalten nachhaltig verändert. Gleichzeitig haben sich die Erwartungen verschoben. Heute verlangen Kundinnen und Kunden mehr von Unternehmen als günstige Produkte von guter Qualität. Sie wollen Antworten und erwarten Lösungen, welche im Einklang mit ihren Werten stehen. Dies ist auch ein Anstoss für uns umzudenken, zu beobachten und uns neu zu definieren.

Was bedeuten diese Entwicklungen für den Detailhandel und damit auch für die Innenstädte?
Die Leute werden nach wie vor in die Läden gehen. Das haben wir bei den Wiedereröffnungen unserer Einrichtungshäuser gesehen. Denn einkaufen ist auch ein soziales Erlebnis. Unsere traditionellen Einrichtungshäuser werden weiterhin eine wichtige Rolle spielen, aber mit einem viel stärkeren Fokus auf persönliche Interaktion und das Schaffen einer Erlebniswelt, welche über den Einkauf hinausgeht.



Jessica Anderen hat aussergewöhnliche Zeiten hinter sich. Bild: Ikea

Zurzeit sind viele Rohstoffe wie beispielsweise Holz und Stahl sehr knapp. Wie stark seid ihr davon betroffen?
Wir haben langfristige Beziehungen zu Lieferanten und können somit Schwankungen am Markt etwas besser auffangen. Ausserdem verfügen wir über eigene Produktionsanlagen und sind daher nicht nur Abnehmer, sondern auch Produzenten unserer eigenen Rohstoffe.

Ikea ist mittlerweile mehr als ein Einrichtungshaus. Ihr seid ein Restaurant, ihr baut Häuser und ihr installiert Solaranlagen. Was ist der Grund dafür, dass Menschen euch vertrauensvoll und fröhlich eine Wärmepumpe abkaufen? Wärmepumpen sind, bei allem Respekt, ja nicht die erste Kernkompetenz eines Möbelschreiners.
Die Klimaerwärmung ist die grösste Herausforderung unserer Generation. Wir tragen als Unternehmen unseren Teil dazu bei, etwas dagegen zu tun. So hat Ikea in den letzten Jahren seinen CO_2-Ausstoss weltweit verringert, obwohl unser Umsatz gleichzeitig gewachsen ist. Aber wir können diese Herausforderung nicht alleine lösen und zählen dabei auch auf die Unterstützung unserer Kundinnen und Kunden.

ZUR PERSON

Jessica Anderen (51) ist seit 2019 CEO und CSO (Chief Sustainability Officer) von Ikea Schweiz. Sie hat Ihre Berufslaufbahn bei Ikea 1989 in Schweden begonnen. Seither hat sie verschiedene Managementpositionen bekleidet, unter anderem in China, Singapur, Australien und China. Die Schwedin hat eine ökonomische Ausbildung.

Jessica Anderen ist verheiratet, Mutter von zwei Kindern und lebt seit 2019 in Zürich. Ihre beiden grössten Hobbys sind Kochen und Einrichten. Sie mag Kunst und verbringt wenn immer möglich Zeit mit Ihrer Familie. Das Leitmotiv, dass sie für diese Infobox mitgegeben hat, lautet: «I want to be a force for positive change, today and for generations to come».

Durch das Anbieten von Wärmepumpen und Solaranlagen haben wir die Möglichkeit, unsere Kundschaft zu Energieproduzentinnen und -produzenten zu machen. Dies führt wiederum dazu, dass wir unseren positiven Einfluss auf die Umwelt um ein Vielfaches erhöhen können.

Was ist wichtiger: Werte oder das Produkt?
Ein Produkt ist nur dann gut, wenn es die Werte respektiert, für die wir stehen. Und sonst gelangt es nicht in unser Sortiment.

In zwei Jahren wird Ikea Schweiz 50 Jahre alt. Spreitenbach war ja der erste Ikea-Standort ausserhalb von Skandinavien. Habt ihr schon Pläne für dieses Jubiläum?
Hier wären wir wieder bei unseren schwedischen Wurzeln. Wir lieben Traditionen und Feierlichkeiten. Konkrete Pläne gibt es noch keine, aber es wird mit Sicherheit eine grossartige Gelegenheit sein, wiedereinmal ein Fest auszurichten – sowohl für unsere Kundinnen und Kunden, als auch für die Ikea-Mitarbeitenden. Wir alle sehnen uns danach!

Zum Schluss noch etwas ganz anderes, aus privater Neugier. Billy, Klippan oder Sköldpadda – die Namensgebung hat System und die Namen stammen meist aus dem skandinavischen Sprachraum. Soweit so gut. Aber welche Person in deinem Unternehmen sucht die Namen aus? Weisst du das?
Klar! Die kommen von unseren Kollegen in Älmhult, mitten im schwedischen Wald.

*Tack för intervjun, Jessica.****
Interview: Patrick Herr

Übersetzung
*Danke, dass du dir Zeit für dieses Gespräch nimmst.
**Danke schön.
***Danke für das Gespräch, Jessica.

KMU-NACHRICHTEN

Andreas Zbinden neuer BGV-Vorsitzender

Die Verwaltungskommission der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) hat Andreas Zbinden zum neuen Vorsitzenden der Geschäftsleitung gewählt. Der derzeitige Partner und Leiter Marktgebiet Jura Nord in der BDO AG tritt per Mitte September 2021 die Nachfolge von Sven Cattelan an, der die BGV seit 2017 führt und dieses Jahr in den Ruhestand geht. Der 54-jährige Zbinden ist eidg. dipl. Treuhandexperte und bringt eine langjährige Erfahrung als CEO und Geschäftsleitungsmitglied mit. Er ist langjähriges Mitglied der von Christian Pestalozzi präsidierten BGV-Verwaltungskommission. «Wir haben einen Vorsitzenden ernannt, der menschlich und fachlich ausgezeichnet zur BGV passt und gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Geschäftsleitung die BGV zielorientiert weiterentwickeln kann», sagt Pestalozzi. *ds*

Ausbildungszentrum wird ausgebaut

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat einen Beitrag von 365 900 Franken an den Um- und Ausbau des regionalen Ausbildungszentrums für Berufe der Haustechnik in Liestal gesprochen. Damit stärkt der Kanton die duale Berufsbildung weiter und leistet einen Beitrag zur nachhaltigen Sicherstellung des Fachkräftebedarfs. Die «suissetec nordwestschweiz» ist die regionale Organisation der Arbeitswelt für die Gebäudetechnikberufe. In ihren beiden Ausbildungszentren in Liestal und Basel führt sie sowohl die überbetrieblichen Kurse (ÜK) als auch die praktischen Qualifikationsverfahren durch. *pd*

50 JAHRE E-MAIL – Die elektronische Post dominiert den heutigen Geschäftsalltag. Seit der ersten verschickten E-Mail 1971 sind 50 Jahre vergangen. Und täglich wächst der Posteingang.

Jeden Tag 319 Milliarden Mails

Videokonferenzen, Chats, soziale Medien – die Kommunikationskanäle werden vielseitiger, doch die gute alte E-Mail bleibt der wichtigste Kanal in der Berufswelt. Eine Studie des deutschen Portals Bitkom brachte jüngst zutage, dass bei Berufstätigen durchschnittlich pro Tag 26 E-Mails eingehen, Tendenz noch immer steigend. Vor drei Jahren waren es im Schnitt 21 Mails pro Tag, 2014 noch 18 Mails.

Jeden Tag werden weltweit sagenhafte 319 Milliarden Mails verschickt, von privaten und geschäftlichen Accounts. Das Portal Statista rechnet damit, dass es bis 2024 nochmals rund 40 Milliarden mehr sein werden, also 361 Milliarden E-Mail-Nachrichten jeden Tag. Auch 50 Jahre nach dem ersten Versand einer E-Mail durch den Engländer Ray Tomlinson bleibt der Versand an eine @-Adresse ungebremst beliebt, selbst wenn es heute weit effizientere Kommunikationswege gäbe und die E-Mail-Flut viele an ihre Grenzen bringt.



Der Engländer Roy Tomlinson hat 1971 die erste «E-Mail» verschickt, allerdings noch in einem internen Netzwerk. Populär wurde die E-Mail erst mit dem Siegeszug des Internets. Bild: zVg

@ feiert 50. Geburtstag

Der berühmte «Affenschwanz», wie er etwa auch in der Schweiz genannt wird, wurde 1971 mehr aus Zufall zu einem heute unverzichtbaren Synonym für den E-Mail-Verkehr. Das Zeichen wurde schon im Mittelalter als Masseinheit verwendet, die Mauren verwendeten es später für Wein – und Tomlinson suchte damals nach einem noch ungenutzten Zeichen im Schriftsatz amerikanischer Fernschreiber (ASCII). Dabei stiess er auf das @ und benutzte es als klare Trennung zwischen Benutzername und einer Domain hinter dem @, die ursprünglich meist den Grossrechner des Betriebs oder Instituts bezeichnete, bei dem die Person arbeitete.

Tomlinson war als Mitglied des Forschungsunternehmens Bolt, Beranek and Newman (BBN) an der Entwicklung des Betriebssystems Tenex beteiligt, das auf vielen verbundenen Rechnern zur Verfügung stand, und beschäftigte sich dabei ganz nebenbei mit einem Programm für die Übermittlung von Nachrichten unter den Benutzern des Grossrechners und dem Protokoll CPYNET für die Übertragung von Dateien zwischen Computern. Eine Mailbox war seinerzeit nichts weiter als eine einzelne Datei, die nur ein Benutzer lesen konnte. Tomlinson kam auf die Idee, CPYNET so zu ändern, dass es vorhandene Dateien ergänzen konnte und es dann in die Übermittlung einzuarbeiten. Sechs Stunden hat er dafür nach eigenen Angaben bloss programmiert.

Siegeszug begann mit Internet

Die erste Anwendung dieser Kombination war eine Nachricht von Tomlinson an seine Kollegen, in der er Ende 1971 mitteilte, dass man nun Nachrichten übers Netzwerk senden konnte, indem man dem Benutzernamen des Adressaten das Zeichen «@» und den Hostname des Computers anfügte. Das war vor allem für die interne Kommunikation innerhalb eines geschlossenen Netzwerks hilfreich. An eine Erfolgsgeschichte glaubte damals niemand, doch die E-Mail war geboren. Und auch wenn 1976 Queen Elizabeth das erste Staatsoberhaupt war, die eine elektronische Mailnachricht versenden durfte, blieb die Erfindung zwei Jahrzehnte lang ein Tool für Insider. Erst mit der Verbreitung des Internets ab Anfang der 1990er-Jahre begann die Popularisierung der E-Mail, der Siegeszug hält bis heute an und hat den Horizont scheinbar noch immer nicht erreicht. Interessant: Über die Hälfte aller verschickten Mails sind Spam-Mails. Erstmals trat diese lästige Erscheinung im Jahr 1994 auf, heute ärgert sie die ganze Welt. Die meisten Spam-Mails kommen von Servern aus China und kaum ein Spam-Filter schafft es, sie ganz aus dem Posteingang fernzuhalten. *Daniel Schaub*

FÜNF TIPPS GEGEN DIE E-MAIL-FLUT

- Schreiben Sie selbst weniger E-Mails und vermeiden Sie, unnötige Konversation per Mail abzuwickeln. Überlegen Sie, wo eine Mail sinnvoll ist und wo ein Teamchat oder ein fixer Anruf sinnvoller ist.
- Wählen Sie die Empfängerinnen und Empfänger sorgfältig aus. Wer gehört in eine Kopie (CC) und wer in eine Blindkopie (BCC)? Welcher Verteiler wird genutzt? Wie wird geantwortet? Engen Sie den Adresskreis so weit wie möglich ein.
- Kommunikationsregeln im Team helfen, um im Arbeitsalltag den Informationsfluss effizient zu halten. Es sollte festgelegt werden, wie formuliert wird, wer, wie und wann in den Adressatenkreis gehört, welche Antwortzeiten erwünscht sind und was von welchem Empfängerkreis erwartet wird (z.B. müssen die im CC oder BCC einkopierten Personen nicht antworten).
- Nutzen Sie die Abwesenheitsnotizen. Wer in die Ferien fährt, krank oder auf einer Dienstreise ist und die E-Mails nicht liest (oder während einer konzentrierten Arbeitsphase auch mal nicht lesen will), sollte informierende Abwesenheitsnotizen einrichten. So werden lästige Nachfragen vermieden.
- Private und berufliche E-Mails sollten getrennt werden. Nutzen Sie verschiedene Postfächer und Zieladressen. Das ist auch in der Beantwortung nützlich und verhindert, dass die Leute nicht wissen, wo sie Sie kontaktieren sollen.

SO NENNT DIE WELT DAS @

Deutsch Affenschwanz, Klammeraffe, Affenohr
Niederländisch apenstaartje (Affenschwänzchen)
Polnisch malpa, malpka (Affe oder Äffchen)
Litauisch eta (Klammeraffe)
Kroatisch manki (vom Englischen: monkey; Affe)
Italienisch chiocciola (Schnecke)
Schwedisch Kanelbulle (Zimtschnecke)
Koreanisch golbaengi (Wellhornschnecke)
Spanisch und Portugiesisch arroba (früheres Zeichen für ein Viertelpfund, auch in Südamerika)
Französisch arrobe, arobas (siehe oben)
Dänisch snabel-a (Elefantenrüssel-A)
Isländisch filseyra (Elefantenohr)
Finnisch kissanhäntä (Katzenschwanz)
Türkisch kuyruklu a (A mit Tierschwanz)
Russisch sobaka, sobacka (Hund oder Hündchen)
Griechisch papaki (Entlein)
Ungarisch kukac (Wurm)
Serbisch ludo-A (verrücktes A)
Slowakisch, Tschechisch zavinác (Rollmops)
Norwegisch krøllalfa (Kringel-Alpha)
Hebräisch keruchith (Strudel)
Japanisch naruto (Wasserwirbel)

SOCIAL-MEDIA-POST DER WOCHE



FOLGEN SIE UNS!

ANZEIGE

Erfolgreich inserieren im standpunkt DER WIRTSCHAFT

Mit Ihrer Botschaft im Standpunkt der Wirtschaft erreichen Sie:
– Rund 35 000 Adressen mit Schwerpunkt im Wirtschaftsgebiet Nordwestschweiz
– Entscheidungsträger der regionalen KMU-Wirtschaft
– 10 000 Mitglieder der Wirtschaftskammer Baselland
– Eine wirtschaftlich interessierte Qualitätsleserschaft
– Sowohl B2B-Kunden wie Konsumentinnen und Konsumenten

Als Mitglied der Wirtschaftskammer Baselland profitieren Sie von attraktiven Rabatten!

Erika Sprecher berät Sie gerne!
061 927 65 38
dispo@standpunkt.ch

EDITORIAL

Interessiert uns der Basler Mindestlohn?



Dominik Rieder, Geschäftsführer Arbeitgeber Baselland

Am kommenden 13. Juni befindet das Stimmvolk im Kanton Basel-Stadt über die Einführung eines kantonalen Mindestlohns. Die Initiative fordert einen minimalen Stundenlohn von 23 Franken, der Gegenvorschlag einen solchen von 21 Franken. Vor allem die Chancen des Gegenvorschlags, in Basel-Stadt angenommen zu werden, scheinen intakt zu sein. Muss uns das im Kanton Basel-Landschaft interessieren?

Durch einen Mindestlohn steigt der Preis für die Arbeit, ohne dass damit eine Effizienzsteigerung verbunden wäre. Dass das ökonomisch nicht aufgehen kann, leuchtet ein. Eine primäre Folge davon wird sein, dass Arbeitgeber verstärkt versuchen müssen, Arbeiten durch Maschinen erledigen zu lassen.

Noch mehr Touchscreens also, welche die Kunden selber bedienen müssen. Unabhängig davon ist der staatliche Mindestlohn ein Angriff auf die Errungenschaft der Sozialpartnerschaft, welche es zulässt, branchen- und regionenspezifische Lösungen zu finden, auch betreffend Mindestlöhne. Überdies mindert ein Mindestlohn die Attraktivität der Berufslehre, wenn ungelernte Jugendliche plötzlich über 4000 Franken im Monat verdienen können. Beides, Sozialpartnerschaft und Berufslehre, sind ganz entscheidende Pfeiler des schweizerischen Erfolgsmodells.

Kurzfristig könnte die Einführung eines städtischen Mindestlohns für das Baselbiet sogar positive Folgen haben, da Unternehmen ihre Sitze in den Kanton Basel-Landschaft verlegen und so Arbeitsplätze erhalten könnten. Allerdings ist dies zu kurz gedacht. Im Baselbiet soll die Einführung eines kantonalen Mindestlohns diesen Herbst im Landrat diskutiert werden. Bereits wurde seitens der Baselbieter Sozialdemokraten angekündigt, dass sie bei einem negativen Entscheid des Landrats eine Volksinitiative lancieren wollen.

Lehnt das städtische Stimmvolk das Ansinnen ab, dürfte die Vorlage im Kanton Basel-Landschaft einen noch schwereren Stand haben respektive die Initiative gar nicht erst lanciert werden. Führt Basel-Stadt allerdings einen staatlichen Mindestlohn ein, müssen wir damit rechnen, dass sich auch das Baselbiet mit diesem Evergreen der Sozialdemokraten auseinandersetzen muss. Immerhin eine Gelegenheit, die Vorteile der Sozialpartnerschaft breiten Kreisen wieder in Erinnerung zu rufen.

ARBEITGEBERVERBAND BASELLAND

Arbeitgeber Baselland versteht sich als Dienstleister für Arbeitgeber im Kanton Basel-Landschaft. Die Angebote von Arbeitgeber Baselland stehen allen arbeitgebenden Mitgliedern der Wirtschaftskammer Baselland zur Verfügung.

ARBEITGEBER BASELLAND

Dr. Dominik Rieder
Geschäftsführer Arbeitgeber Baselland

Haus der Wirtschaft
Hardstrasse 1
4133 Pratteln

Telefon: +41 61 927 64 75

E-Mails: info@arbeitgeber-bl.ch
d.rieder@kmu.org

www.kmu.org/arbeitgeber-bl

CORONAVIRUS – Eine repräsentative Umfrage des Online-Vergleichsportals comparis.ch zeigt: Es arbeiten grossmehrheitlich kaum mehr Erwerbstätige zu Hause als vor der Corona-Pandemie. Immobilienexperten glauben nicht an einen nachhaltigen Homeoffice-Boom, der die Coronakrise überdauern würde.

Homeoffice: mehr Hype als Trend

Wer in den vergangenen Monaten Zeitungen gelesen, Online-Portale durchstöbert oder Fernsehen geschaut hat, hätte den Eindruck gewinnen können, die ganze Schweiz arbeite derzeit vom Homeoffice aus. Doch dem ist nicht so.

Tatsächlich arbeitet derzeit nur die Hälfte (50,9 Prozent) aller Erwerbstätigen mehr als einen halben Tag pro Woche von zu Hause aus. Gegenüber 2019 (42,2 Prozent), als beim Stichwort «Corona» vornehmlich noch an ein mexikanisches Bier gedacht wurde, sind dies nur knapp 9 Prozentpunkte mehr.

Dies ist das Resultat einer repräsentativen Umfrage, die comparis.ch, das Schweizer Online-Vergleichsportal, hat durchführen lassen. «Einen nachhaltigen Homeoffice-Boom sehe ich deshalb nicht», wird Immobilienexperte **Frédéric Papp** in der Comparis-Medienmitteilung vom vergangenen 15. März zitiert.



Trotz Corona arbeitet in der Schweiz derzeit nur die Hälfte aller Erwerbstätigen mehr als einen halben Tag pro Woche von zu Hause aus. Bild: zVg

Viele pendeln weiter zur Arbeit

Obwohl der Bundesrat die Arbeitgeber im vergangenen Januar verpflichtet hat, Homeoffice anzuordnen wo das möglich ist, sind viele Büroarbeitende ihrem Tisch im Unternehmen treu geblieben.

Der Anteil der Erwerbstätigen, die mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit daheim verbringen, ist gemäss der Umfrage ebenfalls nur um 16 Prozentpunkte angestiegen (37,3 gegenüber 21,4 Prozent). «Diese Zahlen belegen, dass nach wie vor viele zur Arbeit pendeln», sagt Frédéric Papp.

Comparis hat die Personen, die 2019 oder 2021 Arbeitszeit im Homeoffice zugebracht hatten, auch befragt, wie sie es mit der Heimarbeit halten würden, wenn die Coronakrise einmal überwunden sei. Demnach schätzen gut 60 Prozent der Befragten, dass sie auch nach dem Lockdown mindestens einen halben Tag pro Woche im Homeoffice verbringen werden. Rund ein Viertel der Personen rechnet damit, mindestens die Hälfte der Arbeitszeit daheim zu leisten und gut 20 Prozent sehen ihren Homeoffice-Anteil bei unter 10 Prozent.

«Diese Schätzwerte liegen im Vergleich zu den erhobenen Homeoffice-Anteilen für 2019 zwar höher. Daraus einen nachhaltigen Homeoffice-Boom abzuleiten, ist aber übertrieben», sagt Papp.

Von Credit Suisse bestätigt

Diesen Nicht-Trend bestätigt auch die im vierten Quartal 2020 durchgeführte Umfrage des «Monitor Schweiz» der Grossbank Credit Suisse.

Demnach beabsichtigt zwar ein Drittel der KMU, nach der Pandemie «etwas» mehr Homeoffice zu ermöglichen aber deutlich weniger als 10 Prozent wollen ihr Angebot «deutlich» ausbauen. Vor diesem Hintergrund seien auch die in den vergangenen Monaten geäusserten Prognosen, wonach Büroliegenschaften künftig vermehrt leer stehen, zu relativieren, sagt Frédéric Papp von Comparis. *Reto Anklin*

WER ZAHLT FÜR DAS HEIMBÜRO?

Ein produktives Homeoffice verlangt nach einem gut ausgestatteten Arbeitsplatz zu Hause. Laut einem Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2019 müssen Arbeitgeber einen Teil der Kosten übernehmen, wenn sie den Angestellten keinen Büroplatz zur Verfügung stellen, und wenn diese dadurch im Homeoffice arbeiten müssen.

Eine Umfrage des «Monitor Schweiz» von Credit Suisse zeigt, dass knapp ein Drittel der KMU «eher» bereit wäre, einen Teil der Homeoffice-Kosten ihrer Mitarbeitenden zu tragen.

Ebenfalls von grosser Bedeutung ist das Thema IT-Sicherheit, denn mit der Zunahme der Personen, die während des Lockdowns im Homeoffice arbeiten, ist auch die Anzahl Cyberattacken gestiegen. 42 Prozent der befragten KMU geben entsprechend an, dass sie dem Umgang mit Cyberrisiken seit Covid-19 vermehrt Aufmerksamkeit schenken. *ra*

SEMINAR ARBEITSRECHT – Am Arbeitsrechtsseminar vom kommenden 9. Juni referieren Markus Prazeller und David Hug von der Kanzlei Wagner Prazeller Hug zum Thema «Kündigung und Sperrfristen».

Das Kündigungs-Einmaleins für Arbeitgeber

Das von Arbeitgeber Baselland organisierte Seminar Arbeitsrecht vom kommenden 3. Juni befasst sich mit einem für Arbeitgeber wichtigen wie auch schwierigen Thema: den Kündigungen.

Im Schweizer Arbeitsrecht gilt grundsätzlich eine Kündigungsfreiheit. Diese wird aber durch zahlreiche Sonderbestimmungen eingeschränkt und relativiert.

Heikle Fragen trotz klarer Regeln

Für Arbeitgeber stellen sich betreffend der Kündigung – trotz vermeintlich klarer gesetzlicher Regelungen – immer wieder heikle Fragen. Die beiden erfahrenen Anwälte der Kanzlei Wagner Prazeller Hug, **Markus Prazeller** und **David Hug,** berichten aus ihrem breiten Erfahrungsschatz zu diesem Thema und geben Einblicke und Fallbeispiele aus ihrer Praxis. Zudem werden nach dem Vortragsteil die Teilnehmenden genügend Möglichkeiten haben, um Fragen aus ihrem beruflichen Alltag zu stellen und Antworten dazu zu erhalten. Für Arbeitgeber ist es wichtig zu wissen, wie eine Kündigung durchgeführt werden muss, damit sie rechtlich auch korrekt ist.

Die Erfahrung zeigt, dass immer wieder Fehler in Bezug auf die Kündigung während einer Sperrfrist gemacht respektive die Frist falsch berechnet wird. Solche Fehler können für einen Arbeitgeber weitgehende finanzielle Folgen haben.

In jüngerer Vergangenheit wurden immer mehr gesetzliche Bestimmungen eingeführt, welche es für einen Arbeitgeber noch anspruchsvoller machen, Arbeitsverhältnisse aufzulösen. Hier will das Seminar anknüpfen.

Unliebsamen Folgen vorbeugen

Das Seminar befasst sich mit dem Thema Kündigung und geht dabei insbesondere auf Fragen der Sperrfristen und Missbräuchlichkeit der Kündigung ein. Ziel ist es, den Teilnehmern das Kündigungs-Einmaleins für Arbeitgeber – auch anhand konkreter Fallbeispiele – verständlich zu vermitteln, damit unliebsame Rechtsfolgen vorgebeugt werden können. *dr*





Markus Prazeller (l.) und David Hug von der Kanzlei Wagner Prazeller Hug. Bilder: zVg

PROGRAMM UND ANMELDUNG

Seminar Arbeitsrecht «Kündigung und Sperrfristen»

Mittwoch, 9. Juni 2021,
im Haus der Wirtschaft in Pratteln

16.00 Begrüssung und Einführung
16.10 Das Kündigungs-Einmaleins für Arbeitgeber
16.40 Sperrfristen und Kündigung
17.15 Diskussionsrunde
17.30 Apéro

Das Seminar kostet für Mitglieder der Wirtschaftskammer 150 Franken, für Nicht-Mitglieder 190 Franken. Anmeldungen sind bis Montag, 7. Juni 2021, möglich per E-Mail an: **info@arbeitgeber-bl.ch**

Bei Fragen steht Ihnen Dominik Rieder, Geschäftsführer Arbeitgeber Baselland, zur Verfügung.
Telefon: 061 927 65 22
E-Mail: d.rieder@kmu.org

ROHSTOFFE – Die Coronakrise, Handelsstreite und logistische Hindernisse führen derzeit in einigen Bereichen zu Lieferengpässen von Rohstoffen und Grundteilen. Drei Vertreter der regionalen Wirtschaft äussern sich zu den Schwierigkeiten.

Mit Kreativität gegen Lieferengpässe

«Es betrifft fast alles», sagt Oliver Wolf, Einkaufsleiter bei der Rego-Fix AG in Tenniken, einem international führenden Hersteller für Werkzeugspanntechnik, der seine Endprodukte in über 50 Länder exportiert. Am direktesten trifft die Feststellung auf den Rohstoff Stahl zu. Rund 500 bis 600 Tonnen jährlich werden in Tenniken verarbeitet. Die Lieferzeiten sind momentan enorm, die Preise horrend. Wolf ist froh, dass er die Entwicklung gleich zu Beginn des Jahres erkennen konnte und frühzeitig den Bedarf für das ganze Jahr 2021 decken konnte. Die Rego-Fix deckt sich mit qualitativ hochwertigem Stahl aus dem EU-Raum ein, ein Ausweichen auf andere Märkte kommt deshalb nicht infrage. «Noch Ende 2020 hat nichts auf einen derartigen Engpass hingedeutet, die Signale kamen erst in den ersten beiden Wochen 2021. Da war dann schnelles Handeln gefragt.» Ein Händler, der schon gegen 40 Jahre im Geschäft ist, habe ihm gesagt, dass er einen derart abrupten Lieferengpass für den Rohstoff Stahl noch nie erlebt habe.







Michel Schwarzentruber (oben rechts) hat das Material für das ganze Jahr 2021 eingelagert. Gilles Greder von der Syngenta (unten rechts) musste hochflexibel bleiben. Bilder: zVg

«IM JANUAR WAR SCHNELLES HANDELN GEFRAGT. WIR HABEN GENÜGEND VORBESTELLT.»

Oliver Wolf, Einkausleiter Rego-Fix AG

Die Gründe für die Situation sind vielseitig. Coronabedingt ist die Produktion im vergangenen Jahr zurückgefahren worden, die Lager haben sich gegen Ende Jahr geleert. Seit Anfang Jahr ist die Nachfrage markant gestiegen, weil viele die Ausfälle des vergangenen Jahres kompensieren möchten. Eine Kombination, die nicht aufgeht. Jetzt noch Stahl zu besorgen ist eine Herausforderung und kostspielig. Wer keine langfristigen Rahmenverträge in der Tasche hat, muss sich dem Markt beugen. Oliver Wolf rechnet damit, dass sich die Situation beim Stahl frühestens ab Sommer erholen wird.

Von Lieferengpässen berichtet er indes auch bei Kunststoffkomponenten, Schleifscheiben, elektrotechnischen Teilen oder Papier für Bedienungsanleitungen, die die Rego-Fix für ihre Produktion benötigt. Bislang konnte durch vorsorgliche Einkaufspolitik und erhöhte Lagerbestände die Produktion gewährleistet werden. «Wir haben genügend vorbestellt», sagt Wolf.

Standortvorteil nutzen

Gilles Greder, Site Manager bei Syngenta in Muttenz, bestätigt, dass es momentan «nicht viel braucht», um die Lieferketten zu bremsen. Seine Firma war zuletzt auch vom Schiffsstau am Suezkanal betroffen. Für Syngenta bestimmtes Material war auf dem festgefahrenen Schiff «Ever Given» gelagert. «Wenn etwas blockiert ist, weiss man nicht, wann geliefert wird», sagt Greder. Covidbedingt war Syngenta von einem lokalen Lockdown in China betroffen. Dort produziertes Rohmaterial konnte nicht zum Hafen transportiert werden.

Die Firma hat auf die Lieferengpässe pragmatisch reagiert. «Wir greifen für lieferkritische Stoffe verstärkt auf Anbieter in Europa zurück.» Dazu ist man dazu übergegangen, neuere Produkte vermehrt an den eigenen Produktionsstandorten herzustellen. So hat Syngenta vor einem Jahr den Produktionsstandort Muttenz/Schweizerhalle übernommen. Der Standort bietet dabei wichtige Vorteile, unter anderem für die direkte Versorgung mit einigen Grundchemikalien wie Salzsäure, Natronlauge oder Wasserstoff. «Wir sind an der Quelle», drückt sich Greder dazu aus.

«WIR GREIFEN FÜR LIEFERKRITISCHE STOFFE VERSTÄRKT AUF ANBIETER IN EUROPA ZURÜCK.»

Gilles Greder, Standortleiter Syngenta Muttenz/Schweizerhalle

«Mit Flexibilität und verschiedenen Anpassungsschritten sind wir im Moment gut unterwegs und konnten gewisse Unwägbarkeiten auffangen. Wir mussten die Produktion noch zu keinem Moment stoppen», sagt Greder. Wichtig sei es, immer dranzubleiben und nicht einfach zu bestellen und dann abzuwarten. Je nach Rohmaterial bestehen teilweise über Jahre laufende langfristige Lieferverträge, gewisse Stoffe jedoch muss man je nach Kampagne auch kurzfristiger besorgen. Dass es aufgrund der angespannteren Lage zu markanten Preisaufschlägen gekommen sei, hat Greder in seiner Branche bislang nicht beobachten können.

Mittelfristig geht der Standortleiter nicht davon aus, dass sich an der Wichtigkeit der Produktionsstandorte in China und Asien aufgrund der aktuellen Probleme etwas komplett ändern wird. «Es gibt dort riesige Kapazitäten, die Produktion wird besser, effizienter, sicherer und umweltbewusster, gerade die Chinesen sind dort momentan sehr konsequent. Und Covid-19 wird irgendwann vorbei sein.» Entscheidend ist aber auch in Zukunft die Balance zwischen dem Risiko von Lieferengpässen und den Vorteilen der kostentechnisch sehr kompetitiven Produktion in Asien. «Für den Standort Schweiz gilt es, durch Zuverlässigkeit kombiniert mit Innovation unsere Attraktivität weiter zu steigern», sagt Greder abschliessend.

Probleme bei langfristigen Offerten

Durchaus ernst zu nehmende Probleme gibt es auch in der Holzindustrie. Michel Schwarzentruber, Geschäftsführer der Hinze Schreinerei GmbH in Tecknau, spricht von «riesigen Engpässen» in einzelnen Segmenten, insbesondere bei Dreischichtplatten, aber auch bei Konstruktionsvollholz (KVH) für die Zimmerleute. Schwarzentruber spricht davon, dass sich die Lieferzeiten teilweise auf 12 bis 16 Wochen verlängert hätten, bei einzelnen Teilen wird man gar auf das nächste Jahr vertröstet. Durch die Verknappung des Angebotes haben sich auch die Preise erhöht, Schwarzentruber gibt die Aufschläge je nach nachgefragtem Material zwischen 2 und 22 Prozent an.

Seine Firma hat für die Situation dank guter Marktpräsenz und engen Kontakten zu Händlern eine pragmatische Lösung finden können: «Wir haben ganz einfach sämtliches Material für unsere fixen Aufträge in diesem Jahr vorbestellt und an Lager genommen», so Schwarzentruber. Grössere Schwierigkeiten sieht er deshalb eher für die Jahre 2022 und 2023. «Es ist aufgrund der momentanen Situation in Sachen Lieferzusagen, aber auch in Bezug auf die Preisentwicklung, fast nicht möglich, verbindliche Offerten für diesen Zeitraum auszustellen.»

Einzelne Lieferanten würden derzeit keine Neukunden mehr bedienen und ihre Lieferkontingente beschränken, um «Hamsterkäufen» vorzubeugen. Die Problematik habe im Herbst 2020 eingesetzt und sich nun noch zusätzlich akzentuiert. Als Gründe in der Holzindustrie nennt Schwarzentruber neben coronabedingten Produktionsausfällen auch den Handelsstreit zwischen den USA und Kanada. Die Amerikaner würden deshalb relativ offensiv den europäischen Markt bearbeiten und die Nachfrage zusätzlich erhöhen. Diese führe zu einer zusätzlichen Verknappung des Angebots für die hiesigen Abnehmer. Das meiste Holz aus europäischer Produktion stammt mittlerweile aus dem osteuropäischen Raum. *Daniel Schaub*

ANZEIGE

BOOST YOUR DAY
www.boost-delivery.ch

Snacks
Daily Pasta
Poke Bowls
Daily Soup
Salate
Sandwiches

BOOST
eat & drink

Die neue Food Bar. Die Food Bar BOOST ist in Pratteln im Haus der Wirtschaft an der Hardstrasse 1; Das Angebot ist eine gastronomische Reise um die Welt. Die Küche ist kreativ, saisonal und frisch. Und lecker!



SO GEHT'S

Sandwiches, Pasta, Suppe, Poke Bowls, Ramen und Salat müssen vorerst auf www.boost-delivery.ch bis 9 Uhr vorbestellt und können von 11.30–14 Uhr an der Theke abgeholt werden.

Müsli, Snacks, Frühstück und Getränke sind ohne Vorbestellung von 7 bis 16 Uhr erhältlich.

Zahlart: Visa, V Pay, Mastercard, Maestro, Twint

Parkplätze hat es genug und zu Fuss ist das BOOST drei Minuten vom Prattler Bahnhof entfernt (beim Kunimatt-Kreisel).

POLIT-KOLUMNE

So gehts nicht: Nach der Tat hält der Schweizer Rat …

Wenn's doch nur so einfach wäre: «Die auswärtigen Angelegenheiten sind Sache des Bundes.» So steht's im Abschnitt über «Beziehungen zum Ausland» in der Bundesverfassung (Artikel 54 BV). Doch dann folgt bereits eine erste Relativierung der vermeintlich ausschliesslichen Zuständigkeit der sieben Exekutivmitglieder: «Er (der Bundesrat) nimmt Rücksicht auf die Zuständigkeiten der Kantone und wahrt ihre Interessen.»

Und Artikel 55 BV schränkt die Handlungskompetenzen des Bundesrates und der Kantone weiter ein: «Die Kantone wirken an der Vorbereitung aussenpolitischer Entscheide mit, die ihre Zuständigkeiten oder ihre wesentlichen Interessen betreffen. Der Bund informiert die Kantone rechtzeitig und umfassend und holt ihre Stellungnahmen ein.

Den Stellungnahmen der Kantone kommt besonderes Gewicht zu, wenn sie in ihren Zuständigkeiten betroffen sind. In diesen Fällen wirken die Kantone in geeigneter Weise an internationalen Verhandlungen mit.» Schliesslich liest man in Artikel 56 BV: «Die Kantone können in ihren Zuständigkeitsbereichen mit dem Ausland Verträge schliessen. Diese Verträge dürfen dem Recht und den Interessen des Bundes sowie den Rechten anderer Kantone nicht zuwiderlaufen.»

Alles klar? Keine Rede! Nochmals unter «Beziehungen zum Ausland» stösst man in der BV noch auf Artikel 184: «Der Bundesrat besorgt die auswärtigen Angelegenheiten unter Wahrung der Mitwirkungsrechte der Bundesversammlung; er vertritt die Schweiz nach aussen. Er unterzeichnet die Verträge und ratifiziert sie. Er unterbreitet sie der Bundesversammlung zur Genehmigung.»

Im Bundesgesetz über die Bundesversammlung, Abschnitt «Information und Konsultation im Bereich der Aussenpolitik», findet man (Artikel 152) weitere Hürden: «Die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen und der Bundesrat pflegen den gegenseitigen Kontakt und Meinungsaustausch. Der Bundesrat informiert die Ratspräsidien und die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen regelmässig, frühzeitig und umfassend über wichtige aussenpolitische Entwicklungen. (…) Der Bundesrat konsultiert die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen zu wesentlichen Vorhaben sowie zu den Richt- und Leitlinien zum Mandat für bedeutende internationale Verhandlungen, bevor er dieses festlegt oder abändert. Er informiert diese Kommissionen über den Stand der Realisierung dieser Vorhaben und über den Fortgang der Verhandlungen. (…) Die für die Aussenpolitik zuständigen Kommissionen (…) können vom Bundesrat verlangen, dass er sie informiert oder konsultiert.»



«JETZT SIND DIE SIEBEN AMTIERENDEN AM DRÜCKER UND NIEMAND ANDERER.»

Peter Amstutz*

Das alles ist für «Otto Normalstimmbürger» nicht unbedingt zwingendes staatsbürgerliches Grundwissen. Wichtig, weil verbindlich, ist es trotzdem. Vor allem in Bezug auf jenen Bereich, der davon gar nicht berührt wird, wenn man sich etwa in den immer anspruchsvolleren Fragenkatalog zum weiteren Umgang mit dem fertig verhandelten Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) vertiefen möchte. Dort findet man beispielsweise nichts von Erwartungen der politischen Verantwortungsträger an ehemalige oder amtierende Spitzenkräfte der Wirtschaft in Verbänden oder Unternehmen bezüglich der Aussenpolitik. Normalerweise wäre das kaum aufgefallen oder gar zu beanstanden. In der Schlussphase des allerletzten Ringens um das (oder auch gegen ein) EU-Rahmenabkommen aber ist höchste Aufmerksamkeit angezeigt.

Wenn sich sonst diskret wirkende Kräfte auf der Showbühne der politischen Willensbildung in letzter Minute mit eigentümlichen Vorschlägen zu produzieren beginnen, trägt das vor allem zur Verunsicherung des Souveräns bei. Zum Beispiel die hochproblematische Idee, man könnte das weitherum beargwöhnte Rahmenabkommen sozusagen für eine Probephase von vielleicht zehn Jahren genehmigen und bei Nichtgefallen einfach später wegschmeissen. «Nach der Tat hält der Schweizer Rat», etwa so würde dieser Weg direkt in die Rechtsunsicherheit führen. Was man will, kann man mit zwei Buchstaben für Ja erhalten; was man nicht will, ist mit vier Buchstaben für Nein zu verwerfen.

Gleichermassen gar nicht hilfreich sind Medienkapriolen, die mit wohlfeiler Hilfe ehemaliger Bundesratsmitglieder aufgeführt werden. Jetzt sind die sieben Amtierenden am Drücker und niemand anderer. Dass sie aufgrund ihrer Funktionen (Bundespräsident, Aussenminister, Justizministerin) den Aussenpolitischen Kommissionen vertieft Rechenschaft abgeben und Antworten gestützt auf die kollegiale Willensbildung liefern sollen, ist nur recht und billig. Aber alle sieben einzeln oder gemeinsam «vorzuladen», wie das von einer Berner FDP-Nationalrätin gewünscht wurde, ist nicht nur masslos übertrieben, sondern auch zwecklos. Vom «regierenden» Kollegium erhält man bis auf Weiteres, falls es richtig funktioniert, ohnehin nur siebenmal die gleichen Antworten. Und für unterschiedliche Positionsbezüge samt anschliessender Kakaphonie besteht erst recht kein Bedarf.

**Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»*

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.

RATGEBER RECHT – Das Gesetz sieht bei Forderungen aus Handwerksarbeiten eine fünfjährige Verjährungsfrist vor. Gemäss dem Bundesgericht ist der Anwendungsbereich der verkürzten Verjährungsfrist für Handwerksarbeiten aber sehr klein.

Neue Bundesgerichtspraxis bei Verjährungsfrist

Dr. Dominik Rieder | Andreas Dürr | Alexander Heinzelmann | David Hug | Markus Prazeller | Philipp Rupp



Grundsätzlich verjähren Forderungen mit Ablauf von zehn Jahren (Art. 127 OR). Für Forderungen aus Handwerksarbeit sieht das Gesetz aber eine kürzere Verjährungsfrist von fünf Jahren vor (Art. 128 Ziff. 3 OR). Der Gesetzgeber sah die verkürzte Verjährungsfrist vor, weil Forderungen aus einem Handwerksvertrag üblicherweise rasch erfüllt werden und die Parteien weder einen schriftlichen Vertrag aufsetzen noch die Quittungen lange aufbewahren. Da diese ratio legis gemäss dem Bundesgericht aber mittlerweile als überholt gilt, ist der Anwendungsbereich von Art. 128 Ziff. 3 OR eng auszulegen.

Begriff der «Handwerksarbeit»

Gemäss Bundesgericht zeichnet sich der Begriff der «Handwerksarbeit» nach Art. 128 Ziff. 3 OR dadurch aus, dass die manuelle Tätigkeit, die mit oder ohne Werkzeug ausgeführt wird, die übrigen Leistungen, wie die maschinellen, organisatorischen oder administrativen, über- oder zumindest aufwiegt. Handwerksarbeit umfasst somit ausschliesslich Tätigkeiten, die keine planerischen (personellen oder terminlichen) Massnahmen und keine Abstimmung mit anderen Berufsständen erfordern und somit ohne besondere administrative Mittel ausgeführt werden können. Ob die Arbeit von einem Handwerker im herkömmlichen Sinn erbracht wurde, spielt demgegenüber keine Rolle.

Entscheid vom 26. November 2020

Das Bundesgericht bestätigte mit Entscheid 4A_321/2020 vom 26. November 2020, dass der Begriff der Handwerksarbeit gemäss Art. 128 Ziff. 23 OR eng auszulegen ist. Es hatte die Frage zu beurteilen, ob Schreinerarbeiten, die im Rahmen des Wiederaufbaus eines durch einen Brand zerstörten Chalets erbracht wurden, der fünf- oder zehnjährigen Verjährungsfrist unterliegen. Die vorgenommenen Schreinerarbeiten waren sehr umfangreich. Sie mussten deswegen von einem professionellen Schreinereiunternehmen mit einer bestimmten Grösse erbracht werden. Da die Arbeiten im Ganzen eine Fläche von rund 450 m² umfassten, wurden bis zu 16 Mitarbeiter eingesetzt. Die Arbeiten erforderten einen Einsatz von professionellen Maschinen und verschiedenem Werkzeug. Gemäss dem Bundesgericht stellen die Arbeiten – trotz einzelnen nach Mass ausgeführten Verrichtungen – wegen der überwiegenden Planungs- und Koordinationsmassnahmen keine Handwerksarbeit im Sinne von Art. 128 Ziff. 3 OR dar. Sie verjähren darum erst mit Ablauf von zehn Jahren.

Fazit: sorgfältige Prüfung nötig

Das Bundesgericht bestätigt mit diesem Entscheid erneut, dass das allgemeine Verständnis von Handwerksarbeit vom Begriff der Handwerksarbeit nach Art. 128 Ziff. 3 OR abweicht. Ob die Forderung aus Handwerksarbeit verjährt ist oder nicht, ist ab sofort genau zu prüfen und nach den Umständen des Einzelfalls zu beurteilen. In der Regel ist neu wohl eher von einer Verjährungsfrist von zehn Jahren auszugehen.

LEGAL-TEAM

Die Wirtschaftskammer Baselland steht ihren Mitgliedern für eine juristische Erstberatung zur Verfügung.

Das Legal Team von sechs Rechtsanwälten im Haus der Wirtschaft in Pratteln wird von Dr. **Dominik Rieder** geleitet und besteht weiter aus **Markus Prazeller** und **David Hug** (Wagner Prazeller Hug AG), **Alexander Heinzelmann** (Heinzelmann & Levy), **Philipp Rupp** (Rupp Meier Rechtsanwälte) und **Andreas Dürr** (Battegay Dürr AG). Sie schreiben regelmässig in der Rubrik «Ratgeber Recht» über aktuelle rechtliche Themen.

Kontakt zum Legal-Team:

Wirtschaftskammer Baselland
KMU-Dienstleistungen
Dr. Dominik Rieder
Head Legal Wirtschaftskammer
Hardstrasse 1, 4133 Pratteln

Telefon: 061 927 66 70
E-Mail: d.rieder@kmu.org

Landrat Andreas Dürr ist Rechtsanwalt und Notar in der Kanzlei Battegay Dürr AG und Mitglied des Legal-Teams der Wirtschaftskammer Baselland.

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag: Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14, verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern Tel. 031 380 14 14, redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»
Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
Arbeitgeber Baselland, Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft, Haus der Wirtschaft, Hardstrasse 1, 4133 Pratteln
Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50
www.kmu.org, standpunkt@kmu.org
Verantwortung: Christoph Buser, Direktor
Redaktion/Umbruch: Reto Anklin, Patrick Herr, Daniel Schaub, Fabienne Steiger

Produktion: IWF, Hardstrasse 1, 4133 Pratteln
Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen
Adressänderungen: standpunkt@kmu.org
Der Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

Bauunternehmen

Rofra Bau AG
Weidenring 34, 4147 Aesch
www.rofrabaut.ch, rofra@rofrabaut.ch
061 756 94 94

Bedachungen/Zimmerei/Spenglerei

Ritter Bedachungen und Zimmerei
Geissbrunnen 51, 4457 Diegten
www.ritter-bedachungen.ch
061 971 57 23

Beratung/Coaching

www.adlatus-nordwestschweiz.ch
Für KMU: Strategie, Marketing, Finanzen, Nachfolge, Startup, Interim-/Projekt-Management
078 842 40 08

Bodenbeläge

Glatt & Fankhauser AG
Oristalstrasse 85, 4410 Liestal
info@glatt-fankhauser.ch/www.glatt-fankhauser.ch
061 921 94 35

Brandschutz

Schreinerei Schneider AG
Wannenweg 6
4133 Pratteln
www.schreinerei-schneider.ch
061 826 90 90

Briefkästen & Reparaturen

Fünfschilling AG
Binningen – Basel – Kaiseraugst
www.fuenfschilling.ch
061 426 91 41

Gerber-Vogt AG
Briefkästen, Paketboxen, Sonderanfertigungen
www.aludesign.ch, info@aludesign.ch
061 487 00 00

Digital-, Sieb-, Offset- und Textildruck

Druckerei Dietrich AG
Pfarrgasse 11, 4019 Basel
www.druckerei-dietrich.ch
061 061 639 90 39

Druckerei & Lettershop

DICAD GmbH
Ribigasse 5, 4434 Hölstein
www.dicad.ch, info@dicad.ch
061 953 00 22

Energieoptimierung

Ihr unabhäniger Strombroker
Renergy GmbH
4104 Oberwil
www.mr-renergy.ch
079 104 71 71

Fenster

Gerber-Vogt AG
Fenster- und Fassadenbau
www.gerber-vogt.ch
061 487 00 00

Schreinerei Schneider AG
Wannenweg 6, 4133 Pratteln
www.schreinerei-schneider.ch
061 826 90 90

Flachdach/Abdichtungen

A + B Flachdach AG
Reinach/Basel
www.abflachdach.ch
061 381 70 00

Floristik & Gastronomie

Blumen Hug AG
Hohenrainstrasse 2, 4133 Pratteln
www.blumenhug.ch
061 821 51 84

Garten & Umgebung

Frey-Gärten GmbH
Altbrunnweg 2, 4410 Liestal
www.frey-garten.ch
061 922 12 20

Gebäudetechnik

suissetec nordwestschweiz
Grammetstrasse 16, 4410 Liestal
www.suissetec-nws.ch
061 926 60 30

Grafik/Werbung

Grafik – massgeschneidert für KMU
Erwin Schönholzer, Grafik-Atelier
Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal
info@esch.ch
061 927 65 25

Haushaltgeräte

M. Wagner & Co. AG
Schlossstrasse 21, 4133 Pratteln
www.wagnerhaushalt.ch
061 821 11 12

Immobilien Management

Rofra Immobilien AG
Weidenring 34, 4147 Aesch
www.rofrabaut.ch, rofra@rofrabaut.ch
061 756 94 94

SIGNUM AG – Rund um Immobilien
Hauptstrasse 50, 4102 Binningen
wwww.signum.ch
061 426 96 96

Informatik

SOWACOM «Your all-in-one IT-Partner»
Schönmattstrasse 4, 4153 Reinach
www.sowacom.ch
061 406 14 14

Integrationsfragen

Ausländerdienst Baselland
Bahnhofstrasse 16
4133 Pratteln
www.ald-bl.ch, info@ald-bl.ch
061 827 99 00

Internet/Telefonie

ImproWare AG – Breitband.ch
Zurlindenstrasse 29, 4133 Pratteln
www.breitband.ch
061 826 93 07

SOWACOM «Ihr Swisscom Gold-Partner»
Schönmattstrasse 4, 4153 Reinach
www.sowacom.ch
061 406 14 14

Parkettbeläge

Glatt & Fankhauser AG
Oristalstrasse 85, 4410 Liestal
info@glatt-fankhauser.ch/www.glatt-fankhauser.ch
061 921 94 35

Patent- und Markenanwälte

BOHEST AG
Holbeinstrasse 36–38, 4051 Basel
www.bohest.ch, mail@bohest.ch
061 295 57 00

Braunpat Braun Eder AG
Holeestrasse 87, 4054 Basel
www.braunpat.ch, info@braunpat.ch
061 307 90 30

Reinigungsunternehmen

Top Clean
Reinigungen / Hauswartungen
Bottmingerstrasse 52, 4102 Binningen
www.top-clean.ch
061 422 11 50

Sanierung & Renovation

Rofra Baumanagement AG
Weidenring 34, 4147 Aesch
www.rofrabaut.ch, rofra@rofrabaut.ch
061 756 94 94

Sicherheitssysteme

bürgi.com AG
Waldeckstrasse 100, 4127 Birsfelden
www.buergicom.ch, info@buergicom.ch
+41 61 319 65 00

Schreinereien

Schreinerei Schneider AG
Wannenweg 6
4133 Pratteln
www.schreinerei-schneider.ch
061 826 90 90

Schwimmbad & Naturpool

Frey-Gärten GmbH
Altbrunnweg 2, 4410 Liestal
www.frey-garten.ch
061 922 12 20

Tore

Torbau Sissach
Sektionaltore & Klimatore
Schnelllauftore
Brandschutztore/-türen
www.torbau-sissach.ch
061 971 89 80

Transport & Logistik

Felix Transport AG
Talstrasse 47, 4144 Arlesheim
www.felixtransport.ch
061 766 10 10

Treuhand/Beratung

ARBEST Treuhand AG
AbschlussRevisionBeratungEvaluationSteuernTreuhand
Bahnhofstr. 64, 4313 Möhlin
www.arbest.ch, kontakt@arbest.ch
061 855 20 00

Treuhand/Revision

AGEBA TREUHAND AG
Hofackerstrasse 3a, 4132 Muttenz
www.ageba.ch, info@ageba.ch
061 467 96 66

BDO AG
Gestadeckplatz 2, 4410 Liestal
www.bdo.ch
061 927 87 00

BDO AG
Münchensteinerstr. 43, 4052 Basel
www.bdo.ch
061 317 37 77

BDO AG
Baselstrasse 160, 4242 Laufen
www.bdo.ch
061 766 90 60

Treuhand/Revision

Duttweiler Treuhand AG
Arisdörferstrasse 2, 4410 Liestal
www.duttweiler-treuhand.ch
061 927 97 11

ONLINE TREUHAND AG
Nenzlingerweg 5, 4153 Reinach
www.onlinetreuhand.ch
061 717 81 91

Ramseier Treuhand AG
Krummeneichstrasse 34,
4133 Pratteln, www.rta.ch
061 826 60 60

Testor Treuhand AG
Holbeinstrasse 48, 4002 Basel
www.testor.ch
061 205 45 45

TRETOR AG
Industriestrasse 7, 4410 Liestal
www.tretor.ch
061 926 83 83

TRETOR AG
Aeschenplatz 4, 4052 Basel
www.tretor.ch
061 270 10 70

Treuhand Böhi
Schützenweg 3, 4102 Binningen
www.treuhandboehi.ch
076 507 07 67

Vermessung

Jermann Ing. + Geometer AG
Arlesheim, Liestal, Sissach, Zwingen
www.jermann-ag.ch
061 706 93 93

Versicherungen & Vorsorge

Die Mobiliar, 4147 Aesch
Generalagentur Stephan Hohl
www.mobiaesch.ch
061 756 56 56

Weine und Destillate

Siebe Dupf Kellerei AG
Kasernenstrasse 25, 4410 Liestal
www.siebe-dupf.ch
061 921 13 33

POSITIONIEREN SIE IHRE KOMPETENZ – HIER WERDEN SIE GEFUNDEN!

Ihr Angebot richtet sich vorwiegend an Geschäftskunden, Firmeninhaber und dem Gewerbe zugewandte Personen? Dann sollte Ihr Firmeneintrag hier aufgeführt sein. Das Firmenregister erscheint in jeder der 19 Ausgaben pro Jahr mit einer Auflage von rund 35 000 Exemplaren. Ihr Eintrag unter der Rubrik Ihres Tätigkeitsbereichs erreicht regelmässig einige Tausend Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik in der Nordwestschweiz.

Wirtschaftskammer Baselland
Anzeigenservice Standpunkt
Erika Sprecher
Tel. direkt +41 61 927 65 38
dispo@standpunkt.ch